

Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14

**Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und Empfehlungen der Fachgremien und Fraktionen
zur „TOP 20 – Liste der Bürgerinnen und Bürger“**

Stand 09.05.2013

Bürgerhaushalt in Potsdam 2013/14

"Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" - Votum der Gremien

DS	Vorschlagstitel	Stadtvorordneten- versammlung (8.5.2013)	Finanzen	Anmerkung Ausschuss für Finanzen (16.1., 20.3., 17.4.2013)
5 Bürgervorschläge zur Haushaltskonsolidierung / Haushaltssicherung				
1.	(12/SVV/0759) Kein städtisches Geld für Errichtung und Unterhalt der Garnisonkirche ungeändert beschlossen: 4 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 2 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 5	Annahme als "in Umsetzung" bestätigt (gem. Beschluss des Hauptausschusses vom 08.02.13)	in Umsetzung Annahme	als "erledigt" empfohlen, da bereits geltende Beschlusslage
2.	(12/SVV/0760) Schwimmbad-Neubau: Kostengrenze 23 Mio. Euro einhalten ungeändert beschlossen: 6 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 2 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 2	Annahme , geändert beschlossen mit Ergänzung: "Davon ausgenommen sind die Parkplätze und besondere, aus dem Standort Brauhausberg resultierende Kosten..."	ung.bes. Annahme	ungeändert beschlossen (zur Festigung der geltenden Beschlusslage)
3.	(12/SVV/0761) Reduzierung der Fraktionsfinanzierung ungeändert beschlossen: 0 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 10 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 0	Ablehnung , mit Bezug auf Probleme bei einer Änderung der Finanzierung innerhalb einer Wahlperiode	abgel. Ablehnung	Ablehnung
4.	(12/SVV/0762) Stromsparen durch Umrüsten auf LED ungeändert beschlossen: 0 geändert beschlossen: 6 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 1	Annahme , mit folgender Ergänzung: "...im Zuge der planmäßigen Erneuerung..."	geä.bes. Annahme	ergänzt durch "im Zuge der planmäßigen Erneuerung"
5.	(12/SVV/0763) Erhöhung der Hundesteuer ungeändert beschlossen: 4 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 3 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 1	Annahme , als "in Umsetzung" bestätigt (gem. Beschluss zur "Änderungssatzung Hundesteuer" - 13/SVV/0090)	ung.bes. Annahme	mit Bezug auf Antrag "Änderungssatzung Hundesteuer" (Drucksache 13/SVV/0090)
10 Bürgervorschläge zur laufenden Verwaltungstätigkeit (Ergebnishaushalt)				
6.	(12/SVV/0764) Schulsozialarbeiterinnen an allen Potsdamer Schulen ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 4 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 4	Prüfauftrag : „Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwiefern ...“	geä.bes. Prüfauftrag	formuliert als Prüfauftrag
7.	(12/SVV/0765) Radverkehrskonzept: Fortschreibung und Erweiterung ungeändert beschlossen: 4 geändert beschlossen: 4 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 2	Prüfauftrag : "Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Radverkehrskonzept fortzuschreiben und die Erweiterung der genannten Punkte zu prüfen..."	geä.bes. Prüfauftrag	formuliert als Prüfauftrag
8.	(12/SVV/0766) Krippen- und Kitagebühren senken ungeändert beschlossen: 0 geändert beschlossen: 3 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 6 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 0	Ablehnung , jedoch Hinweis zu einem anderen angenommenen Ergänzungsantrag zum HH 13/14: "... die Elternbeitragsordnung [ist] so zu überarbeiten, dass KEINE Beitragspflicht für Familien mit ...“.	abgel. Ablehnung	Ablehnung
9.	(12/SVV/0767) Lehrer-Vertretungsfonds weiter finanzieren ungeändert beschlossen: 4 geändert beschlossen: 4 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 1 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 0	Annahme , mit folgender Ergänzung: "..., obwohl hierfür eigentlich das Land Brandenburg zuständig ist.“	geä.bes. Annahme	Ergänzung: "obwohl hierfür eigentlich das Land Brandenburg zuständig ist."
10.	(12/SVV/0768) Hundekot: Beseitigung starker einfordern, Unterlassung sanktionieren ungeändert beschlossen: 9 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 0	Annahme	ung.bes. Annahme	(jedoch Frage nach Sanktionsmöglichkeiten offen)
11.	(12/SVV/0769) Neugestaltung des Öffentl. Nahverkehrs (Unentgeltlich, ticketfrei) ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 3 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 4 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 0	Ablehnung	abgel. Ablehnung	Ablehnung (Grund: Finanziell nicht darstellbar, keine politische Mehrheit)
12.	(12/SVV/0770) Schulweg-Verkehrssicherheit durch unterstützende Maßnahmen fördern ungeändert beschlossen: 3 geändert beschlossen: 6 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 2	Annahme	geä.bes. Annahme	"Überwege" streichen, dafür "Einrichtungen" einsetzen
13.	(12/SVV/0771) Herstellung der barrierefreien Innenstadt ungeändert beschlossen: 6 geändert beschlossen: 2 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 3	Annahme	ung.bes. Annahme	Zustimmung
14.	(12/SVV/0772) Städtische Sachkostenzuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 2 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 5 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 0	Ablehnung , da es sich hierbei vorwiegend um eine Landesaufgabe handelt, die die Landeshauptstadt Potsdam nicht freiwillig erbringen kann.	abgel. Ablehnung	Ablehnung (Grund: Zuständigkeit und hohe Kosten)
15.	(12/SVV/0773) Autofreier Sonntag (nach Vorbild Hannovers) ungeändert beschlossen: 1 geändert beschlossen: 2 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 5 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 1	Ablehnung	abgel. Ablehnung	Ablehnung (Grund: Verweis auf vorhandene Stadtfeste mit Verkehrseinschränkungen in der Innenstadt)
5 Bürgervorschläge zur Investitionsplanung (Finanzhaushalt)				
16.	(12/SVV/0774) Babelsberg und Potsd. Norden: Fußballplätze einrichten ungeändert beschlossen: 5 geändert beschlossen: 3 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 0 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 1	Annahme mit folgender Formulierung: "Vorbehaltlich der planungsrechtlichen Möglichkeit, ist der Fußballplatz am Babelsberger Park zu bauen. Die „Sandscholle“ ist im Rahmen des ...“	geä.bes. Annahme	"Vorbehaltlich der planungsrechtlichen Möglichkeit..."
17.	(12/SVV/0775) Freibad für Potsdams Norden ungeändert beschlossen: 1 geändert beschlossen: 1 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 8 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 0	Ablehnung , da mit der Entscheidung, ein Bad am Brauhausberg zu bauen, ein Freibad für den Potsdamer Norden nicht mehr realisierbar ist.	abgel. Ablehnung	Ablehnung (Grund: zu hohe Kosten)
18.	(12/SVV/0776) Archiv endlich dauerhaft sichern ungeändert beschlossen: 3 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 2 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 1	Zurückgestellt , aufgrund der anhaltenden Gespräche zwischen Verein und Stadt zum Erbbaupachtvertrag.		Vorerst zurückgestellt (mit Bezug auf BüHH 2012 - 11/SVV/0825)
19.	(12/SVV/0777) Breite Straße: Umbau verschieben (erst nach stehender Finanzierung Garnisonkirche) ungeändert beschlossen: 2 geändert beschlossen: 0 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 7 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 0	Ablehnung , da der Umbau der Breiten Straße bereits stattfindet und unabhängig von der Errichtung der Garnisonkirche betrachtet wird.	abgel. Ablehnung	Ablehnung (Grund: keine politische Mehrheit)
20.	(12/SVV/0778) Sportforum Waldstadt: Umwandlung des Schotterplatzes in Kunstrasen ungeändert beschlossen: 3 geändert beschlossen: 5 zurückgestellt: 0 abgelehnt: 1 Bereits in Umsetzung durch Verwaltungshandeln: 0	Prüfauftrag , wie im Rahmen der Prioritätenliste des Sportentwicklungskonzepts die Umwandlung ... in einen Kunstrasenplatz/ Rasenplatz besonders berücksichtigt werden kann."	geä.bes. Annahme	Prüfauftrag für besondere Berücksichtigung im Rahmen der Prioritätenliste des Sportentwicklungskonzepts

Beschlusskategorien: Vorlage ungeändert beschlossen = ung.bes. // Vorlage geändert beschlossen = geä.bes. // Vorlage abgelehnt = abgel. // Vorlage zurückgestellt = zurückgest. // Vorlage zur Kenntnis genommen = zKg

* HA - Hauptausschuss // RPA - Rechnungsprüfungsausschuss // Ges./Soz. - Ausschuss für Gesundheit und Soziales // KOUL - Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und Landwirtschaft. Entwicklung // SB - Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen // Kultur - Ausssct

Hauptausschuss (13.3.2013)		Ges./Soz. (19.2.2013)		KOU (20.12.2012 und 10.1.2013)		Ausschüsse*		B/Sp. (15.1.2013)		JHA (17.1.2013)		DIE LINKE		SPD		CDU/ANW		Fraktionen		BürgerBündnis		DieÄndere		Potsdamer Demokraten	
				SB (15.1.2013)	Kultur (17.1.2013)											Bündnis00/ Die Grünen	FDP								
ung.bes.	zKg			ung.bes. Annahme	in Um- setzung	zKg	zKg	ung.bes. Annahme	in Um- setzung	abgel.	in Um- setzung	in Um- setzung	abgel.	ung.bes. Annahme											
geä.bes.	zKg	zKg	zKg	ung.bes. Annahme	zKg	abgel.	zKg	in Um- setzung 12/SVV/390	ung.bes. Annahme	in Um- setzung	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	abgel.	ung.bes. Annahme											
abgel.	zKg	zKg	zKg	abgel.	zKg	zKg	zKg	abgel.	abgel.	abgel.	abgel.	abgel.	abgel.	abgel.											
-	zKg	ung.bes. Annahme	zKg	zKg	zKg	zKg	zKg	in Um- setzung	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag										
-	zKg	zKg	abgel.	zKg	zKg	zKg	zKg	abgel. 13/SVV/90	ung.bes. Annahme	abgel.	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	in Um- setzung 13/SVV/90	ung.bes. Annahme											
-	zKg	zKg	zKg	zKg	zKg	in Um- setzung 11/SVV/122	in Um- setzung 11/SVV/122	in Um- setzung 11/SVV/122	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	in Um- setzung	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme											
-	zKg	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	zKg	zKg	zKg	zKg	in Um- setzung 12/SVV/455	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	in Um- setzung	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme											
-	zKg	zKg	zKg	zKg	zKg	zKg	abgel.	abgel.	geä.bes.	abgel.	abgel.	abgel.	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag											
-	zKg	zKg	zKg	zKg	zKg	ung.bes. Annahme	zKg	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	abgel.	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme											
-	zKg	ung.bes. Annahme	zKg	zKg	zKg	zKg	zKg	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme											
-	zKg	zKg	ung.bes. Annahme	zKg	zKg	zKg	zKg	geä.bes. Prüfauftrag	abgel.	abgel.	geä.bes.	abgel.	geä.bes.	ung.bes.											
-	zKg	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	zKg	geä.bes.	zKg	zKg	in Um- setzung	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	in Um- setzung	geä.bes. Prüfauftrag	in Um- setzung	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	in Um- setzung			
-	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme	zKg	zKg	zKg	zKg	in Um- setzung	ung.bes. Annahme	in Um- setzung 05/SVV/529	geä.bes.	in Um- setzung	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme										
-	zKg	zKg	zKg	zKg	zKg	ung.bes. Annahme	zKg	abgel.	abgel.	geä.bes. Prüfauftrag	abgel.	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	abgel.											
-	zKg	abgel.	zKg	zKg	zKg	zKg	zKg	abgel.	abgel.	in Um- setzung	geä.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	abgel.	ung.bes. Annahme											
-	zKg	zKg	zKg	zKg	zKg	ung.bes. Annahme	zKg	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme	in Um- setzung	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme											
abgel.	zKg	zKg	zKg	zKg	zKg	abgel.	zKg	abgel.	abgel.	geä.bes. Prüfauftrag	abgel.	abgel.	abgel.	ung.bes. Annahme											
zurückge- st.	zKg	zKg	zKg	zurückgest.	zKg	zKg	zKg	ung.bes. Annahme	zurückgest.	abgel.	in Um- setzung	abgel.	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme											
-	zKg	zKg	abgel.	zKg	zKg	zKg	zKg	ung.bes. Annahme	abgel.	abgel.	abgel.	abgel.	ung.bes. Annahme	ung.bes. Annahme											
-	zKg	zKg	zKg	zKg	zKg	ung.bes. Annahme	zKg	ung.bes. Annahme	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	geä.bes. Prüfauftrag	abgel.	geä.bes. Prüfauftrag	ung.bes. Annahme											

DS 12/SVV/0759

Kein städtisches Geld für Errichtung und Unterhalt der Garnisonkirche

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Potsdam beteiligt sich nicht finanziell am Aufbau und / oder der Unterhaltung der Garnisonkirche.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden votierung insgesamt 8072 Punkte. Er wurde unter der Nummer 1 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Der geplante Wiederaufbau der Garnisonkirche als Denkmal- und Erinnerungsort von nationaler und europäischer Bedeutung wird nicht aus städtischen Geldern finanziert. Die Wiedergewinnung der Garnisonkirche als offene Stadtkirche entsprechend dem Konzept der evangelischen Kirche ist Ziel der gemeinnützigen „Stiftung Garnisonkirche Potsdam“. Die Beschaffung der erforderlichen Finanzmitteln für Wiederaufbau, Erhaltung und Nutzung der Garnisonkirche erfolgt durch die „Fördergesellschaft Garnisonkirche Potsdam“, die eng mit der „Stiftung Garnisonkirche Potsdam“ zusammenarbeitet.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: -

>> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag: Die Garnisonkirche hat nicht nur im Namen, sondern auch so eine wechselvolle und nicht gerade rühmliche Geschichte. Die Stadt Potsdam sollte sich daher nicht finanziell am Aufbau und / oder der Unterhaltung beteiligen.

>> Votum/Stellungnahmen

Die Linke	Annahme – Die LHP wird den Wiederaufbau der Garnisonkirche weder mit öffentlichen Geldern noch durch eigene Leistungen oder anders
-----------	---

	mittelbar fördern (gem. Beschluss Hauptausschuss v. 08.02.13)
SPD	Entspricht Beschlusslage – durch Verwaltungshandeln erledigt.
CDU/ANW	Ablehnung – Die CDU ist für die Errichtung der Garnisonkirche. Wir verweisen auf die Beschlusslage 08/SVV/0325 vom 7.5.2008 „Beitritt der Landeshauptstadt Potsdam zur "Stiftung Garnisonkirche Potsdam")“
Bündnis90 / DieGrünen	Bereits in Umsetz. – Der Vorschlag wird als erledigt betrachtet, da dies bereits geltende Beschlusslage ist.
FDP	Bereits in Umsetzung – Diese Forderung entspricht der aktuellen Beschlusslage und ist deshalb als erledigt zu betrachten.
Bürger Bündnis	Ablehnung – Seit 1990 engagieren wir uns für die Wiederannäherung an das historische Stadtbild. Ablehnung, da der Abriss der funktionsfähigen Rest-Garnisonkirche auf Drängen der SED 1968 erfolgte.
Die Andere	Annahme
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	Annahme
Gesundheit und Soziales	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Stadtplanung und Bauen	Zustimmung
Kultur	Zustimmung
Bildung und Sport	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Jugendhilfeausschuss	<i>Zur Kenntnis genommen</i>

Finanzausschuss	Bereits in Umsetzung , da geltende Beschlusslage
Stadtverordnetenversammlung	Annahme der Stadtverordnetenversammlung, als "in Umsetzung" bestätigt (gem. Beschluss des Hauptausschusses vom 08.02.13)

DS 12/SVV/0760

Schwimmbad-Neubau: Kostengrenze 23 Mio. Euro einhalten

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das geplante Bad am Brauhausberg darf nicht mehr als 23 Millionen Euro kosten, da diese Summe zur Bürgerbefragung stand.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 4225 Punkte. Er wurde unter der Nummer 2 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich mit Beschluss vom 06. Juni 2012 dem Ergebnis der Bürgerbefragung zur Zukunft der Schwimmbadversorgung in Potsdam angeschlossen und den Neubau eines Sport- und Freizeitbades am Brauhausberg beschlossen. Teil dieses Beschlusses ist, dass der Kostenrahmen (ohne Parkplätze) 23 Mio. Euro nicht übersteigen darf.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten:

Gebaut wird das Sport- und Freizeitbad am Brauhausberg durch die Stadtwerke Potsdam GmbH. Für den Betrieb der Potsdamer Bäder zahlt die Landeshauptstadt Potsdam einen jährlichen Zuschuss an die Bäderlandschaft Potsdam GmbH, eine Tochter der Stadtwerke. Nach der Inbetriebnahme des neuen Bades soll der Zuschuss möglichst 2,59 Mio. Euro pro Jahr nicht übersteigen.

- >> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: -
- >> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -
- >> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag: Das geplante Bad am Brauhausberg darf nicht mehr als 23 Millionen Euro kosten, da diese Summe zur Bürgerabstimmung stand!

>> Votum/Stellungnahmen

Die Linke	Bereits in Umsetzung – gem. Beschluss der SVV 12/SVV/0390
-----------	--

SPD	Zustimmung
CDU/ANW	Bereits in Umsetzung
Bündnis90 / DieGrünen	Annahme – Die Stadtverordnetenversammlung hat sich mit Beschluss vom 06. Juni 2012 dem Ergebnis der Bürgerbefragung zur Zukunft der Schwimmbadversorgung in Potsdam angeschlossen und den Neubau eines Sport- und Freizeitbades am Brauhausberg beschlossen. Teil dieses Beschlusses ist, dass der Kostenrahmen (ohne Parkplätze) 23 Mio. Euro nicht übersteigen darf. Dieser Vorschlag wird zur Festigung der geltenden Beschlusslage unterstützt.
FDP	Annahme – Die Fraktion FDP unterstützt die Einhaltung der Kostengrenze für den Neubau des Sport- und Freizeitbades in Höhe von 23 Millionen ausdrücklich. Die bereits bestehende Beschlusslage soll deshalb mit der Zustimmung zu diesem Bürgerhaushaltsantrag nochmals manifestiert werden.
Bürger Bündnis	Ablehnung – Die Kostengrenze kann nicht so exakt kalkuliert werden. Eine Entscheidung ist erst nach Vorlage des Entwurfs möglich.
Die Andere	Annahme
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	Annahme, geändert beschlossen: „Das geplante Bad am Brauhausberg darf nicht mehr als 23 Millionen Euro kosten, da diese Summe zur Bürgerbefragung stand. Davon ausgenommen sind die Parkplätze und besondere, aus dem Standort Brauhausberg resultierende Kosten, so wie im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 12/SVV/0515 vom 04.09.2012 im Detail ausgeführt.“
Gesundheit und Soziales	Zur Kenntnis genommen
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Zur Kenntnis genommen

Stadtplanung und Bauen	Zustimmung
Kultur	Zur Kenntnis genommen
Bildung und Sport	Ablehnung
Jugendhilfeausschuss	Zur Kenntnis genommen

Finanzausschuss	Annahme
Stadtverordnetenversammlung	Annahme der Stadtverordnetenversammlung, mit folgender Ergänzung: "Davon ausgenommen sind die Parkplätze und besondere, aus dem Standort Brauhausberg resultierende Kosten, so wie im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 12/SVV/0515 vom 4.9.2012 im Detail ausgeführt."

DS 12/SVV/0761

Reduzierung der Fraktionsfinanzierung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Zur Realisierung von Bürgervorschlägen wird eine Reduzierung der Finanzierung der Fraktionen der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung um 25% vorgeschlagen.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 3170 Punkte. Er wurde unter der Nummer 3 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Der Fraktionsfinanzierung liegt ein entsprechender Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zu Grunde (03/SVV/0867). Eine Änderung im Sinne des Bürgervorschlags kann nur dann realisiert werden, wenn die Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Beschluss fasst.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: Die Umsetzung des Vorschlages würde pro Jahr rund 100.000 Euro einsparen.

>> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: Weitere Beschlüsse der StVV dazu 08/SVV/1007, 09/SVV/0053, 11/SVV/0438, 11/SVV/0672.

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: 1114100

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag: ...

Zur Realisierung u.a. von Bürgervorschlägen könnte eine Reduzierung der Fraktions- und Gruppenfinanzierung um jährlich 25 Prozent erfolgen und das zur Verfügung stehende Geld dazu genutzt werden.

>> Votum/Stellungnahmen

Die Linke	Ablehnung – Die z. Z. zur Verfügung gestellten Mittel werden vollumfänglich für die politische Arbeit benötigt Beschlüsse SVV dazu, u. a. 11/SVV/0672
SPD	Ablehnung (aber Verweis auf Abstimmungsverhalten SPD bei 11/SVV/0438 (Beschluss „Anpassung Gesamtbudget Fraktionsfinanzierung“)
CDU/ANW	Ablehnung – Verhandlungen darüber sollten am Anfang einer Legislaturperiode stehen. Eine Änderung der Finanzierung innerhalb einer Periode wirft Probleme auf. Die Fraktionen brauchen Planungssicherheit und eine Wahlperiode muss durchweg finanziert sein. Es widerspricht auch jeder Logik, dort sparen zu wollen, wo es um die Kontrolle der Verwaltung und Vorbereitung kosteneffizienter Beschlüsse geht.
Bündnis90 / DieGrünen	Ablehnung – Im Vergleich mit den übrigen kreisfreien Gemeinden Brandenburgs, sind die Fraktionsfinanzierungen mit Potsdam vergleichbar bzw. fallen hier noch bescheidener aus.
FDP	Ablehnung – Mit der Fraktionsfinanzierung bestreiten die Fraktionen ihre politische Arbeit und stellen mit dem notwendigen Personal ihre Ansprechbarkeit sicher. Die notwendigen Verträge wurden hierzu geschlossen und gelten für

	die restliche Wahlperiode. Im Rahmen ihrer Arbeit versichern die Fraktionen ihre Mittel wirtschaftlich und sparsam zu verwenden. Überschüsse, welche im Haushaltsjahr nicht verwendet wurden, müssen bis auf eine Rücklage von 5 Prozent zurückgegeben werden. Diese Regelung sollte weiterhin gelten. Für die kommende Wahlperiode können die Zuwendungen neu diskutiert werden.
Bürger Bündnis	Ablehnung – Demokratie und politische Arbeit sind im bisherigen Umfang weiter zu finanzieren.
Die Andere	Ablehnung – Dieser Vorschlag erreichte Platz 3 unter den Einsparvorschlägen. Unsere Fraktion bezweifelt, dass überhaupt ein Einspareffekt erzielt werden kann, in dem den Fraktionen die Mittel für eine wirksame Kontrolle der Verwaltung gekürzt werden. Wenn die gewählten Stadtverordneten in die Lage versetzt werden, Kostenansätze bei Prestigeobjekten zu prüfen oder verdeckte Finanzierungen offen zu legen, werden dadurch häufig städtische Mittel gespart. Um ihrer Kontrollfunktion gerecht werden zu können, benötigen die ehrenamtlichen Stadtverordneten allerdings eine materielle Grundausstattung.
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	Ablehnung
Gesundheit und Soziales	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Stadtplanung und Bauen	Ablehnung
Kultur	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Bildung und Sport	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Jugendhilfeausschuss	<i>Zur Kenntnis genommen</i>

Finanzausschuss	Ablehnung , mit Bezug auf Probleme bei einer Änderung der Finanzierung innerhalb einer Wahlperiode
------------------------	---

Stadtverordnetenversammlung	Ablehnung der Stadtverordnetenversammlung, mit Bezug auf Probleme bei einer Änderung der Finanzierung innerhalb einer Wahlperiode
------------------------------------	--

DS 12/SVV/0762

Stromsparen durch Umrüsten auf LED

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Ausgaben für Stromkosten sind zu reduzieren. Dafür soll eine Umrüstung sämtlicher Ampellichter auf LED erfolgen.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 3140 Punkte. Er wurde unter der Nummer 4 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Im Rahmen von planmäßigen Umbauarbeiten oder Neubaumaßnahmen ist seit einigen Jahren bereits in 36 Fällen die Umrüstung auf LED-Signaltechnik erfolgt. Diese freiwillige Maßnahme verringert die Ausfallzeiten der Lichtsignalanlagen und erhöht damit die Verkehrssicherheit. Eine Umrüstung soll entsprechend der verfügbaren Haushaltsmittel sukzessive in den folgenden Jahren erfolgen. Eine kurzfristige Umrüstung sämtlicher Ampeln auf LED steht - unabhängig von den planmäßigen Maßnahmen - aufgrund fehlender Haushaltsmittel unter Haushaltsvorbehalt und ist kurzfristig nicht realisierbar.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: Die Umrüstungskosten betragen ca. 15.000 bis 50.000 Euro pro Lichtsignalanlage. Die vorgeschlagene Maßnahme hätte zunächst keinen spürbaren Einspareffekt, sondern Gesamtinvestitionskosten von bis zu 2.850.000 Euro. Die Einsparung von Wartungs- und Energiekosten bei dem Einsatz von LED-Signalgebern (mit den dazugehörigen 40 Volt Steuergeräten) beträgt ca. 50 % bis 60 % gegenüber der Glühlampentechnik (mit 220 Volt Steuergeräten).

>> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: -
 >> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:
 5410004 (Straßenbeleuchtung)
 >> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag: Ich bin für Einsparungen von Ausgaben durch Umrüstung sämtlicher Ampellichter auf LED, um die Stromkosten in diesem Bereich um das 16-fache zu reduzieren und um Kosten zum ständigen Kauf von Glühbirnen zu kaufen.

>> **Votum/Stellungnahmen**

Die Linke	Bereits in Umsetzung – Durch Verwaltungshandeln in Umsetzung 36 Anlagen sind bereits umgerüstet Soll entsprechend der vorhandenen finanziellen Mittel fortgeführt werden.
SPD	Anderungsantrag („im Zuge der planmäßigen Erneuerungen...“)
CDU/ANW	Prüfauftrag – Eine solche Umrüstung erfordert erhebliche Investitionen. Diese Mittel würden beispielsweise bei der schon jetzt unterfinanzierten Straßenunterhaltung fehlen. Eine Umrüstung auf LED-Technik sollte deshalb nur im Zuge der planmäßigen Erneuerung erfolgen.
Bündnis90 / DieGrünen	Prüfauftrag – Um eine kurz- bis mittelfristige Umrüstung sämtlicher Ampeln auf LED realisieren zu können,- unabhängig von den planmäßigen Maßnahmen- sollte einer Prüfung (Vergleich von Investitionsaufwand und Einspareffekt) unterzogen werden.
FDP	Prüfauftrag – Bereits zu Beginn 2011 hat die Fraktion FDP beantragt, die Einführung gaslichtimitierender LED-Leuchten in Potsdam an Stelle der Natriumdampfbeleuchtung zu installieren. Neben der Kostenersparnis für den Betrieb der Leuchten hatte die Fraktion auch gleichzeitig optische Vorteile dieser Beleuchtung, die an die historischen Gaslaternen angelehnt ist, im Blick. Die Fraktion FDP spricht sich für eine Prüfung dieses Vorschlages aus.

Bürger Bündnis	Prüfauftrag – Es ist zu prüfen, ob sich das Umrüsten in einem überschaubaren Zeitraum amortisiert.
Die Andere	Prüfauftrag – Die Verwaltung führt hohe Kosten für die Umrüstung der Verkehrsampeln auf LED an und empfiehlt eine Ablehnung des Vorschlages. Allerdings erscheinen unserer Fraktion die veranschlagten Kosten zu hoch. Daher votieren wir für eine nochmalige Prüfung und anschließende Offenlegung der Kosten, die bei Umsetzung des Bürgervorschlages entstehen würden.
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	-
Gesundheit und Soziales	Zur Kenntnis genommen
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Zustimmung
Stadtplanung und Bauen	Zur Kenntnis genommen
Kultur	Zur Kenntnis genommen
Bildung und Sport	Zur Kenntnis genommen
Jugendhilfeausschuss	Zur Kenntnis genommen

Finanzausschuss	Annahme – Geändert beschlossen: „Die Ausgaben für Stromkosten sind zu reduzieren. Dafür soll eine Umrüstung sämtlicher Ampellichter, im Zuge der planmäßigen Erneuerung , auf LED erfolgen.“
Stadtverordnetenversammlung	Annahme der Stadtverordnetenversammlung, mit folgender Ergänzung: "…im Zuge der planmäßigen Erneuerung…"

DS 12/SVV/0763

Erhöhung der Hundesteuer

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Hundesteuer ist zu erhöhen.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2919 Punkte. Er wurde unter der Nummer 5 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Eine Erhöhung der Hundesteuer wäre möglich. Vergleiche mit Städten ähnlicher Größe zeigen, dass sich Potsdam mit den derzeitigen Hundesteuersätzen eher im unteren Drittel befindet.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten:

Beispielhaft könnte rechnerisch bei einer Erhöhung des Steuersatzes für den ersten Hund von bisher 84 Euro auf 108 Euro (wie Erfurt) ein Mehrertrag von ca. 120.000 Euro / Jahr erwartet werden.

- >> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: -
- >> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -
- >> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag: Damit Potsdam das Haushaltsdefizit verringern kann, sollte die Hundesteuer erhöht werden. Potsdam hat zu viele Hunde und die Hundebesitzer sind auch nicht in der Lage, den Kot ihrer Hunde zu entfernen. Viele Spielplätze und Parks sind voller Dreck.

>> Votum/Stellungnahmen

Die Linke	Ablehnung – Bei Beschluss der DS 13/SVV/0090 erledigt
SPD	Zustimmung
CDU/ANW	Ablehnung – Es muss erst mal dafür gesorgt werden, dass alle Hundehalter erfasst werden. Im Übrigen hat ein Hund vielfach auch eine soziale

	Funktion, insbesondere bei älteren Bürgern.
Bündnis90 / DieGrünen	Prüfauftrag – Hier schlägt die Fraktion aber vor, die Hundesteuersatzung daraufhin prüfen zu lassen, ob eine regionale Differenzierung bzw. Staffelung der Gebührensätze möglich ist. Hundehaltung im kompakten innerstädtischen Raum bedarf höherer Aufwendungen, als Gebiete im weitläufigen ländlichen Raum (OT).
FDP	Annahme – Die Hundesteuer stellt ein verursachungsgerechtes Instrument dar. Die eingenommen Mittel werden verwandt, um die in der Stadt durch Hunde verursachte Verschmutzung zu beseitigen bzw. zu vermeiden. Wie in einem weiteren Bürgerhaushaltsantrag zu sehen, beklagen die Bürger zunehmend die Verunreinigung der Stadt durch Hundekot. Die Stadt Potsdam kann aus Kostengründen keine weiteren Toiletten für Hunde bereit stellen. Mit einer Erhöhung der Hundesteuer kann man hier zu einer Verbesserung der Situation beisteuern, die verursachungsgerecht finanziert wird. Bereits 2010 forderte die Fraktion FDP weitere Hundetoiletten im Potsdamer Stadtraum aufzustellen, die privat durch Werbung finanziert werden sollten. Da eine Umsetzung seitens der Verwaltung für nicht möglich erachtet wurde, ist dies ein geeigneter Weg um die Sauberkeit in Potsdam zu unterstützen und findet die Zustimmung der Fraktion FDP.
Bürger Bündnis	Bereits in Umsetzung – Beschlussvorlage 13/SVV/0090 („Änderungssatzung Hundesteuer“)
Die Andere	Annahme
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	-
Gesundheit und Soziales	Zur Kenntnis genommen
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Zur Kenntnis genommen
Stadtplanung und Bauen	Ablehnung
Kultur	Zur Kenntnis genommen
Bildung und Sport	Zur Kenntnis genommen

Jugendhilfeausschuss	Zur Kenntnis genommen
Finanzausschuss	Annahme , mit Bezug auf Empfehlung zur Drucksache 13/SVV/0090 (Änderungssatzung Hundesteuer)
Stadtverordnetenversammlung	Annahme der Stadtverordnetenversammlung, als "in Umsetzung" bestätigt (gem. Beschluss zur "Änderungssatzung Hundesteuer" - 13/SVV/0090)

DS 12/SVV/0764

Schulsozialarbeiterinnen an allen Potsdamer Schulen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

An jeder Schule ist mindestens eine Schulsozialarbeiterstelle einzurichten, die als Ansprechpartner während der gesamten Unterrichtszeit und mit eigenen Räumlichkeiten für die Interessen und Probleme der Kinder und Jugendlichen da ist.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 3841 Punkte. Er wurde unter der Nummer 6 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Zwar bestätigte die im Vorjahr durchgeführte „START“-Evaluation der Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam die bereits 2007 verwaltungsseitig konstatierten und seitdem tendenziell weiter gestiegenen sozial-emotionalen Defizite sowie die damit verbundenen Problembelastungen von Schülerinnen und Schülern, woraus auch Unterstützungsmehrbedarfe an schulbezogener Sozialarbeit resultieren. Gleichwohl stellen die Evaluationsbefunde - ebenso wie die dem Bürgervorschlag zugrunde liegende Problembeschreibung - zuvörderst eine kritische Rückfrage an das für die Wahrnehmung und Absicherung des Erziehungs- und Bildungsauftrages von Schule originär zuständige Bildungssystem selbst dar (zur Frage, wie das

Land stärker als bisher zur Problemlösung systemeigene Ressourcen nutzt bzw. zusätzliche bereitstellt).

Wie das schulbezogene Hilfe- und Unterstützungssystem der Jugendhilfe künftig entsprechend des Bedarfs ausgerichtet werden soll, ist Auftrag und Gegenstand eines derzeit laufenden, ergebnisoffenen Diskussions- und Entscheidungsfindungsprozesses.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten:

Die Schulsozialarbeit ist eine pflichtige Leistung gemäß § 13 SGB VIII - KJHG i.V.m. §§ 74 und 79 (2) SGB VIII - KJHG sowie § 24 Brandenburgisches AGKJHG (Jugendförderplan). Bei Umsetzung des Bürgervorschlags würde sich die kommunale Förderung von derzeit 374.000 Euro (10 SozialarbeiterInnen inkl. Projektkoordination an 10 Potsdamer Schulen) zzgl. 18.300 Euro für Betriebs- und Sachkosten um 1.305.000 Euro auf 1.740.000 Euro (40 SozialarbeiterInnen an 40 Potsdamer Schulen) zzgl. Projektkoordination sowie entsprechende Betriebs- und Sachkosten erhöhen.

>> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012:

Der ursprünglich bis Sommer 2012 geplante Diskussions- und Entscheidungsfindungsprozess ist derzeit immer noch nicht abgeschlossen. Die Zwischenergebnisse des gemeinsamen Workshops von Jugendhilfe und Schule am 27.09.2012 lassen einen Konzeptüberarbeitungs- und -umsetzungsprozess von ca. zwei weiteren Jahren vermuten. Angesichts des geplanten Doppelhaushaltes 2013/2014 ist eine Wirksamkeit diesbezüglicher Entscheidungen somit erst ab dem Schuljahr 2014/2015 zu erwarten. Bis dahin gilt der bisherige Status Quo fort, d.h. wird das bisherige System Potsdamer Schulsozialarbeit inhaltlich und strukturell weiter optimiert sowie bis Ende 2013 um (derzeit 14) sozialarbeiterische Projekte an Potsdamer Schulen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes ergänzt.

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:

Produkt:3660000 / Konten: 5317100 und 5318100

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam:

Keine Empfehlung, da zum einen die dem Bürgervorschlag zugrunde liegende Problembeschreibung zuvörderst eine kritische Rückfrage an das für die Wahrnehmung und Absicherung des Erziehungs- und Bildungsauftrages von Schule (gemäß § 4 Absatz 1 i.V.m. Absatz 5 BbgSchG) originär zuständige Bildungssystem selbst darstellt, d.h. das Land stärker als bisher zur Problemlösung systemeigene Ressourcen nutzen bzw. zusätzliche bereitstellen muss. Zum anderen ist der kommunale Diskussions- und Entscheidungs-

dungsprozess zur künftigen Gestaltung des Systems von Sozialarbeit an Potsdamer Schulen noch nicht abgeschlossen.

Originalvorschlag: Noch immer gibt es nicht an jeder Potsdamer Schule SchulsozialarbeiterInnen. Der ständig wachsende Bedarf nach AnsprechpartnerInnen für die Schüler und Schülerinnen muß endlich Beachtung finden. Es gibt viele Probleme in den Schulen, zu volle Klassen, Übergang vom Kindergarten in die Schule oder der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule, die dann meist auch nicht die Erstwunschschule der SchülerInnen ist, Perspektivlosigkeit durch Leistungsdruck und schlechte oder gar keine Schulabschlüsse, Armut durch Arbeitslosigkeit der Eltern und bald auch noch das Thema Inklusion Die Schülerinnen brauchen einen "Anwalt" der sich für ihre Interessen an der Schule einsetzt. Wenn die Schulsozialarbeit nicht ausgebaut sondern abgeschafft wird, werden die Kinder und Jugendlichen, die den Großteil ihrer Zeit in der Schule verbringen, dort mit ihren Problemen allein gelassen. Deshalb sollte an jeder Schule mindestens eine Schulsozialarbeiterstelle eingerichtet werden, die während der gesamten Unterrichtszeit, mit eigenen Räumlichkeiten, für die Interessen der Kinder und Jugendlichen da ist.

>> **Votum/Stellungnahmen**

Die Linke	Bereits in Umsetzung – Mit Beschluss der SVV DS 11/SVV/0122 und Beschluss des JHA vom 13.12.2012 "Gesamtkonzept Sozialarbeit an Schulen in der LHP" bereits in Umsetzung.
SPD	Als Prüfauftrag unter Einbeziehung der Fachdiskussion des Konzepts zu Schulsozialarbeitern (vgl. Ausschüsse)
CDU/ANW	Prüfauftrag – Es ist zu prüfen, inwiefern an möglichst jeder Schule mindestens eine Schulsozialarbeiterstelle eingerichtet werden kann. Dieser ist Ansprechpartner für die Schüler während der gesamten Unterrichtszeit.
Bündnis90 / DieGrünen	Prüfauftrag – Z. Zt. gilt noch der Status Quo. Das bisherige Potsdamer Schulsozialarbeitssystem wird inhaltlich und strukturell weiter optimiert sowie bis Ende 2013 um (derzeit 14) weitere Projekte an Potsdamer Schulen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes ergänzt. Der geplante Diskussions- und Entscheidungsfindungsprozess ist derzeit immer noch nicht abgeschlossen. Die Zwischenergebnisse des gemeinsamen Workshops von Jugendhilfe und Schule einen Konzeptüberarbeitungs-

	und -umsetzungsprozess sind in ihrer zeitlichen Umsetzung noch nicht absehbar.
FDP	Bereits in Umsetzung – Die Verwaltung hat hier eine geeignete Verfahrensweise vorgeschlagen, die die Fraktion unterstützt. Der Antrag ist somit erledigt.
Bürger Bündnis	Annahme
Die Andere	Annahme
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	-
Gesundheit und Soziales	Zur Kenntnis genommen
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Zur Kenntnis genommen
Stadtplanung und Bauen	Zur Kenntnis genommen
Kultur	Zur Kenntnis genommen
Bildung und Sport	Mit Bezug auf Antrag 11/SVV/0122 als bereits in Umsetzung vermerkt.
Jugendhilfeausschuss	Dieser Antrag befindet sich bereits in Umsetzung , wenn der Antrag 11/SVV/0122 am 30.01.2013 durch die StVV beschlossen wird (A.d.R.: 11/SVV/0122 wurde geä. beschlossen)

Finanzausschuss	Annahme – geändert beschlossen: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwiefern an möglichst A jeder Schule ist mindestens eine Schulsozialarbeiterstelle einzurichten eingerrichtet werden kann. Dieser soll, die als Ansprechpartner während der gesamten Unterrichtszeit und mit eigenen Räumlichkeiten für die Interessen und Probleme der Kinder und Jugendlichen da ist sein. “
Stadtverordnetenversammlung	Prüfauftrag der Stadtverordnetenversammlung: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwiefern ...“

DS 12/SVV/0765

Radverkehrskonzept: Fortschreibung und Erweiterung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Fortschreibung und Erweiterung des Potsdamer Radverkehrskonzeptes (u.a. umfangreicher Ausbau des Radwegenetzes; Trennung und Priorisierung gegenüber dem motorisierten Verkehr, mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, besonders an Potsdams Bahnhöfen; Einrichtung und Förderung von Selbsthilfe-Werkstätten; Werbung und Anreize zum Radfahren an Schulen und Unternehmen).

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 3120 Punkte. Er wurde unter der Nummer 7 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Das Radverkehrskonzept und die Radverkehrsstrategie wurden 2008 durch die Stadtverordneten beschlossen. Die Umsetzung der „prioritären Radrouten“ (Radrouten mit vordringlicher Verbindungsfunktion) läuft derzeit und wird erst 2014/2015 abgeschlossen sein. Danach erfolgt die Umsetzung von Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes außerhalb der prioritären Radrouten. Der Ausbau von Fahrradabstellanlagen an den Bahnhöfen und Haltestellen des Öffentlichen Nahverkehrs sowie in der Innenstadt ist vorgesehen. Die Öffentlichkeitsarbeit zum Radverkehr erfolgt durch die Landeshauptstadt Potsdam kontinuierlich und soll noch ausgebaut werden. Eine Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes ist für das Jahr 2014 geplant. Die Errichtung von öffentlichen Servicestationen (z.B. Bereitstellung automatische Fahrradluftpumpe und Werkzeugset) ist denkbar, aber noch nicht in Planung. Eine Selbsthilfwerkstatt bietet der ADFC in Potsdam bereits in seiner Geschäftsstelle in der Gutenbergstraße jeden Dienstag an.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: Eine Beauftragung der Fortschreibung ist für 2013 vorgesehen. Die Fertigstellung und ein Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung ist im Frühjahr 2014 möglich. Die Fortschreibungskosten betragen rund 25.000 Euro.

>> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:

5110310 (Stadtentwicklung)

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: Fortschreibung ab 2013 möglich.

Originalvorschlag: Fahrradfahren fördert die Gesundheit, ist kostengünstig, erhöht die Lebensqualität der Stadt durch geringere Lärm- und Schadstoffbelastungen und schützt Klima und Umwelt. Um das Radfahren attraktiver zu machen, bedarf es eines sicheren Radwegenetzes, möglichst getrennt vom Autoverkehr, Fahrradabstellmöglichkeiten, Selbsthilfe-Werkstätten, Werbung und Aufklärung an Schulen und in Unternehmen, etc.

Vorschläge: - umfangreicher Ausbau des Radwegenetzes, Trennung und Priorisierung gegenüber dem motorisierten Verkehr

- mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, besonders an Bahnhöfen

- Einrichtung und Förderung von Selbsthilfe-Werkstätten

- Werbung und Anreize zum Radfahren an Schulen und Unternehmen

- Bsp. Kopenhagen: <http://www.zeit.de/auto/2012-02/kopenhagen-fahrrad>
Ein solches Konzept sollte stets fortgeführt und erweitert werden.

>> Votum/Stellungnahmen

Die Linke	Bereits in Umsetzung – Mit Beschluss der DS 08/SVV/0455 (Radverkehrsstrategie“ für Potsdam und Radverkehrskonzept) in Umsetzung (bis 2014/15).
SPD	Änderungsantrag: Fortschreibung ja, Erweiterung nein wg. Haushaltskonsolidierung
CDU/ANW	Prüfauftrag – Dazu wurde die Drucksache 12/SVV/0765 am 07.11.12 in die SVV eingebracht und in die Ausschüsse überwiesen. Die Überprüfung der Vorschläge sollte dazu parallel erfolgen.
Bündnis90 / DieGrünen	Prüfauftrag – Grundsätzlich wird diesem Vorschlag zugestimmt, aber es sollte geprüft werden, welche Maßnahmen in welcher Reihenfolge ausgeführt werden (Die Analyse bei der Befragung zur Fahrradfreundlichkeit Potsdams zeigte, dass der Schwerpunkt nicht in erster Linie auf den Ausbau des Radwegenetzes zu legen ist).
FDP	Bereits in Umsetzung – Im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr für Potsdam und dessen Beschlussfassung hat man sich für die

	Förderung des Radverkehrs und der damit verbundenen Fortschreibung und Erweiterung des Radverkehrskonzeptes ausgesprochen. Der Antrag ist somit bereits in Umsetzung.
Bürger Bündnis	Annahme
Die Andere	Annahme
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	-
Gesundheit und Soziales	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Zustimmung
Stadtplanung und Bauen	Annahme
Kultur	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Bildung und Sport	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Jugendhilfeausschuss	<i>Zur Kenntnis genommen</i>

Finanzausschuss	Prüfung – geändert beschlossen: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Radverkehrskonzept fortzuschreiben und die Erweiterung der nachfolgenden genannten Punkte zu prüfen: Fortschreibung und Erweiterung des Potsdamer Radverkehrskonzeptes (u.a. umfangreicher Ausbau des Radwegenetzes; Trennung und Priorisierung gegenüber dem motorisierten Verkehr, mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, besonders an Potsdams Bahnhöfen; Einrichtung und Förderung von Selbsthilfe-Werkstätten; Werbung und Anreize zum Radfahren an Schulen und Unternehmen).
Stadtverordnetenversammlung	Prüfauftrag der Stadtverordnetenversammlung: "Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Radverkehrskonzept fortzuschreiben und die Erweiterung der genannten Punkte zu prüfen..."

DS 12/SVV/0766

Krippen- und Kita-Gebühren senken

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Bemessung der Krippen- und Kita-Gebühren ist nicht nach dem Bruttogehalt und Sondervergütungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc.) zu berechnen. Die Kitagebühren sollten gesenkt oder ein kostenfreier Zugang zur Verfügung gestellt werden. Damit soll das Ungleichgewicht zwischen Berlin und Potsdam gemildert und die Stadt dem Motto „kinderfreundliche Stadt“ gerecht werden.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 3010 Punkte. Er wurde unter der Nummer 8 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Landeshauptstadt Potsdam bringt in jedem Jahr erhebliche finanzielle Mittel zur Finanzierung der Kindertagesstätten auf (in 2012 rund 50 Mio. Euro). Die Eltern sind an den Kosten zu beteiligen (gemäß § 17 des Kita-Gesetzes). Ein Bruchteil der Kosten wird dementsprechend durch sogenannte „Elternbeiträge“ kompensiert. Diese werden nach Altersgruppen differenziert und nach Betreuungsform und -alter erhoben. Die Beiträge können gemäß § 90 Absatz 2 Nr. 1a SGB VIII auf Antrag ganz oder teilweise erlassen werden oder vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernommen werden, wenn die Belastung dem Kind oder seinen Eltern nicht zuzumuten ist. Die Elternbeiträge werden durch die Träger der Kitas auf Grundlage der „Elternbeitragsordnung der Landeshauptstadt Potsdam“ bzw. anhand eigener Elternbeitragsordnungen erhoben, die vor Inkraftsetzung der Zustimmung des Jugendhilfeausschusses bedürfen. Eine höhere finanz. Belastung von Familien mit mehreren Kindern wurde bei der Bemessung berücksichtigt.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten:

Die Umsetzung des Vorschlages wird nicht befürwortet, da bereits jetzt ausreichende Regelungen für eine sozialverträgliche Anwendung der Elternbeitragsordnung bestehen. Die geforderte generelle Senkung/Aussetzung der Elternbeiträge Kita ist nicht finanzierbar.

>> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: -
 >> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:
 Produkt: 3650200 / Konto: 5317100 und 5318100
 >> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam:
 Elternbeiträge können gemäß § 90 Absatz 3 SGB VIII auf Antrag ganz oder teilweise erlassen werden bzw. vom Jugendamt übernommen werden, wenn die Belastung den Eltern und dem Kind nicht zuzumuten ist.

Originalvorschlag: Die Gebühren in Potsdam sind enorm für berufstätige Eltern. Nicht allein, dass die Mieten kaum noch tragbar sind, da werden die Berufstätigen auch noch bei der Betreuung ihrer Kinder ordentlich abgezockt. Erstens sollte die Bemessung nicht nach dem Bruttogehalt berechnet werden und zweitens sollten Sondervergütungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, etc.) nicht mitgezählt werden. Das wäre schon mal ein Anfang. In anderen Bundesländern zahlt man mittlerweile ab dem 3. Kitajahr nichts mehr. Es wäre echt ein Anfang endlich mal wieder das Motto "kinderfreundliche Stadt" in Angriff zu nehmen. Kitagebühren senken, damit die Eltern wieder mehr in der Tasche haben, um ihren Kindern in ihrer Freizeit mehr bieten zu können, weil in Potsdam vieles auch sehr teuer ist. Das Ungleichgewicht zwischen benachbarten Kommunen Berlin und Potsdam könnte man durch die Senkung der Betreuungskosten endlich mal geringfügig abmildern.

>> **Votum/Stellungnahmen**

Die Linke	Ablehnung – Gem. Votum des JHA vom 17.01.2013 mehr Gebührengerechtigkeit durch Aufheben der Deckelung gestaffelter Beiträge bei 77 T € Jahresbruttoeinkommen. Der kostenfreie Zugang ist politisch anstrebenswert, finanziell mittelfristig nicht leistbar.
SPD	Änderungsantrag: Kostenfreiheit bis 12.500 Euro
CDU/ANW	Ablehnung – Das lässt die Haushaltsslage nicht zu.
Bündnis90 / DieGrünen	Ablehnung – Eine Gebührensenkung wird abgelehnt, da sie zwangsläufig zu minderer Qualität führen würde. Da lediglich ein Bruchteil der Kosten durch sogenannte „Elternbeiträge“ kompensiert werden, käme vielmehr eine sozial ausgewogene Erhöhung in Betracht, um das Angebot aufzuwerten.

FDP	Ablehnung – Potsdam ist eine kinderreiche Stadt mit einer hohen Deckungsrate der benötigten Kita- und Krippenplätze. Auf Grund weiter steigenden Geburtenraten/Zuzügen wird das Angebot jedes Jahr weiter ausgebaut. Mit diesem Angebot fördert die Landeshauptstadt Potsdam die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Eltern und muss gleichzeitig jährlich stärkere finanzielle Belastungen durch die steigenden Ausgaben für Kinderbetreuung stemmen. Die Eltern tragen einen Eigenanteil an den Gesamtkosten des Platzes für ein Kind, anteilig berechnet nach ihrem Einkommen, der im deutschlandweiten Vergleich angemessen erscheint. Darüber hinausgehende Befreiungen von den Kitagebühren stellen einen erheblichen Aufwuchs an freiwilligen Kosten dar, die Ausbauprozess des Kitaangebotes stoppen dürften und nach gegenwärtiger Haushaltslage nicht zu rechtfertigen sind. Die Fraktion FDP unterstützt den Ansatz, dass Leistungen in ihrer Wertigkeit steigen, wenn man für sie auch etwas bezahlen muss. In den letzten Jahren sind die Kosten eines Kitaplatzes zudem weiter gestiegen. In diesem Sinne unterstützt die Fraktion FDP die Anpassung der Kitagebührensatzung hinsichtlich der Erhöhung der Kappungsgrenze.
Bürger Bündnis	Prüfauftrag
Die Andere	Prüfauftrag – Unsere Fraktion hat große Sympathien für den Antrag. Bereits jetzt werden Eltern mit höheren Einkommen stärker an die Kosten beteiligt. Allerdings erfolgt bei der Bemessung der Gebühren oberhalb der Einkommensgrenze von 77 T€/Jahr keine weitere Differenzierung mehr. Die Andere votiert daher für eine Prüfung, ob oberhalb der jetzigen Bemessungshöchstgrenze eine weitere Differenzierung möglich ist, die eine noch stärkere Belastung Besserverdienender vornimmt und ob die zusätzlichen Einnahmen zur Senkung der Gebühren für die übrigen Einkommensgruppen verwen-

	det werden können.
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	-
Gesundheit und Soziales	Zur Kenntnis genommen
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Zur Kenntnis genommen
Stadtplanung und Bauen	Zur Kenntnis genommen
Kultur	Zur Kenntnis genommen
Bildung und Sport	Zur Kenntnis genommen
Jugendhilfeausschuss	Ablehnung , da die Landeshauptstadt jährlich erhebliche finanzielle Mittel zur Finanzierung der Kindertagestätten aufbringt. Nur ein Teil der Kosten wird über die Elternbeiträge kompensiert. Es wird sich dafür ausgesprochen, die Elternbeitragsordnung zu überarbeiten und im Sinne des Solidaritätsprinzips die unteren Einkommensgruppen zu Lasten derer, die in den sehr hohen Einkommensgruppen sind, zu entlasten.

Finanzausschuss	Ablehnung
Stadtverordnetenversammlung	Ablehnung der Stadtverordnetenversammlung, jedoch mit Hinweis zu einem anderen angenommenen Ergänzungsantrag zum Haushalt 2013/14: "... die Elternbeitragsordnung [ist] so zu überarbeiten, dass KEINE Beitragspflicht für Familien mit einem Jahreseinkommen bis zu 12.500 € mehr besteht".

DS 12/SVV/0767

Lehrer-Vertretungsfonds weiter finanzieren

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Fortführung von Lehrer-Vertretungsfonds der Stadt Potsdam, um Ausfallstunden oder Zusammenlegungen von Klassen zu vermeiden.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2907 Punkte. Er

wurde unter der Nummer 9 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Lehrkräfte an Schulen in der Landeshauptstadt Potsdam stehen in einem Dienstverhältnis zum Land Brandenburg. Somit ist auch die Vorhaltung einer entsprechenden Lehrerreserve bei der Erkrankung von Lehrkräften Aufgabe des Landes. Da Potsdam ein Konzept zur Haushaltssicherung aufstellen muss, können für die weitere Finanzierung des Lehrersatzpools im Schuljahr 2012/2013 keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) wurde schriftlich um die Erhöhung der Lehrerreserve oder um die Finanzierung eines Lehrersatzpools gebeten. Eine abschließende Antwort hierzu liegt noch nicht vor.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: Lehrkräfte stehen im Dienstverhältnis zum Land. Daneben kann der Schulträger Personen zur Unterstützung der Lehrkräfte einsetzen, ohne dass dazu eine Verpflichtung des Trägers besteht. Für die Weiterführung des Lehrersatzpools ab dem Schuljahr 2012/13 wären jährlich 70.000 Euro aufzuwenden.

- >> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: -
- >> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -
- >> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag: An Potsdamer Schulen reichen die Vertretungsreserven für Lehrer nicht aus, bzw. sind zu knapp bemessen. Begrüßenswert war daher die Einrichtung eines Lehrer-Vertretungsfonds durch die Stadt Potsdam für Grund- und Oberschulen mit Primarstufe. Im Krankheitsfall eines Lehrers schicken die Schulen eine Bedarfsmeldung an den Fachbereich Bildung und Sport, von dort geht umgehend ein Honorarvertrag an die Schule zurück. Die eingesetzten Honorarkräfte dürfen allerdings nicht tatsächlich unterrichten, sondern sollen eine angemessene, möglichst qualifizierte Betreuung gewährleisten. Dazu gehöre die Vertiefung des Lernstoffes durch Üben oder Hausaufgabenzeit. 70.000 € wurden im Schuljahr 2011/12 bereitgestellt und sorgten z.B. an der Karl-Förster-Schule dafür, dass von ca. 1700 Vertretungstunden über 500 Stunden mit Hilfe dieses Fonds organisiert wurden und somit nicht ausfallen mussten. Als Vater zweier schulpflichter Kinder beantrage ich die Fortführung dieser sehr guten Einrichtung der Stadt Potsdam, um Ausfallstunden oder Zusammenlegungen von Klassen auch im neuen Schuljahr zu vermeiden.

>> **Votum/Stellungnahmen**

Die Linke	Annahme – Da sich das Land dieser Verantwortung nicht stellt, der Bedarf aber nachgewiesen ist, sollte die Stadt diese Aufgabe i. H. v. 70.000 Euro im Interesse der Schülerinnen und Schüler übernehmen.
SPD	Als Prüfauftrag nach Fachdiskussion
CDU/ANW	Prüfauftrag – Das ist eigentlich Aufgabe des Landes. Eine solche Finanzierung wäre ein Entgegenkommen der Kommune.
Bündnis90 / DieGrünen	Ablehnung – Auch die Fraktion wartet auf die Stellungnahme des Ministeriums. da die Lehrkräfte an Schulen in der LH P in einem Dienstverhältnis zum Land Brandenburg stehen. Die Vorhaltung einer entsprechenden Lehrerreserve bei Erkrankung von Lehrkräften ist ausschließlich Aufgabe des Landes. Wegen der Aufstellung des HH-Sicherungskonzeptes stehen zur Finanzierung des Lehrerersatzpools im Schuljahr 2012/2013 keine finanziellen Mittel zur Verfügung.
FDP	Annahme – Bereits 2011 konnte die Fraktion FDP in der Haushaltsdebatte erreichen, dass für das Schuljahr 2011/2012 ein Lehrerersatzpool nach dem Vorbild von Kleinmachnow mit einem Gesamtbudget von 70.000 Euro gebildet wurde. Mit dem Lehrerersatzpool war es möglich geworden, schnell und unkompliziert sowie fachlich qualifiziert auf Stundenausfall seitens der Schulen zu reagieren - besser als das nach den Maßgaben des Landes Brandenburg derzeit geschieht. Nach Ablauf dieses Schuljahres haben die Ergebnisse der Pilotphase gezeigt, dass das Projekt sowohl seitens der Lehrer, der Schulen und der Eltern und Schüler eine hohe Zustimmung gefunden hat. Die Beschlusslage, dass das Land Brandenburg die Finanzierung auf Grund seiner Zuständigkeit nun weiter übernehmen sollte, konnte nicht erreicht werden. Bis eine Einigung mit dem Land erzielt wird, sollte die Bildung unserer Kinder nicht gefährdet werden, so dass die Fraktion FDP

	sich hier eindeutig für die Finanzierung des Lehrerersatzpools einsetzt. Gleichzeitig sind die Verhandlungen mit dem Land aufrecht zu erhalten.
Bürger Bündnis	Annahme als Prüfauftrag
Die Andere	Annahme
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	-
Gesundheit und Soziales	Zur Kenntnis genommen
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Zur Kenntnis genommen
Stadtplanung und Bauen	Zur Kenntnis genommen
Kultur	Zur Kenntnis genommen
Bildung und Sport	Annahme
Jugendhilfeausschuss	Zur Kenntnis genommen

Finanzausschuss	Annahme – geändert beschlossen: Fortführung von Lehrervertretungsfonds der Stadt Potsdam, um Ausfallstunden oder Zusammenlegungen von Klassen zu vermeiden, obwohl hierfür eigentlich das Land Brandenburg zuständig ist.
Stadtverordnetenversammlung	Annahme der Stadtverordnetenversammlung, mit folgender Ergänzung: "..., obwohl hierfür eigentlich das Land Brandenburg zuständig ist."

DS 12/SVV/0768

Hundekot: Beseitigung stärker einfordern, Unterlassung sanktionieren

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Auf die Beseitigung von Hundekot ist stärker zu achten. Die Kontrolle soll im bürgerschaftlichen Engagement, als auch mit Sanktionen des städtischen Ordnungsamts verstärkt werden.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und

Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2763 Punkte. Er wurde unter der Nummer 10 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Kontrollen der Mitarbeiter sind Bestandteil der täglichen Dienstleistung und dienen ausschließlich der Durchsetzung der Ordnung und Sicherheit in der Landeshauptstadt Potsdam. Auf Grund des Personalbestandes der Arbeitsgruppe können aber keine ständigen flächendeckenden Kontrollen gewährleistet werden.

Die Ahndung der festgestellten Ordnungswidrigkeiten gegen Hundehalter gemäß der Stadtordnung kann nur dann erfolgen, wenn die Hundebesitzer unmittelbar bei einem Verstoß festgestellt werden. Aus diesen Gründen werden die Mitarbeiter der Stadtverwaltung bei gemeinsamen Streifen durch Polizeibedienstete unterstützt. Diese Vollzugsbeamten haben das Recht, von Hundeführern die Personalien zu verlangen, da eine freiwillige und wahrheitsgemäße Angabe von Personalien in diesen Fällen nicht zu erwarten ist. Leider führen die Einsparmaßnahmen bei der Polizei dazu, dass derartige Kontrollen immer weniger durchgeführt werden können.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: Die erforderlichen Unterhaltungskosten der zur Zeit von der Landeshauptstadt Potsdam aufgestellten 30 Hundetoiletten sind in den laufenden Kosten der Papierkorbentleerung enthalten. Hier beläuft sich der jährliche Planansatz auf 250.000 Euro. Diese erfolgt freiwillig im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Die Kosten einer Hundetoilette einschließlich Montage belaufen sich auf ca. 900 Euro, der jährliche Unterhalt mit Tüten und Entleerung beträgt ca 300 Euro pro Stück.

- >> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: -
- >> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -
- >> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag: Potsdam wird durch die unzähligen Hundehaufen unansehnlich und leidet in seiner Attraktivität. Es ist ein Ärgernis, wenn man seine Stadt liebt und sieht wie sie rücksichtslos mit unansehnlichen Hügeln übersät wird, die nicht von Maulwürfen stammen. Auf die Beseitigung sollte stärker geachtet werden, sowohl im bürgerschaftlichen Engagement, als auch in der staatlichen Sanktionierung der Unterlassungen.

>> Votum/Stellungnahmen

Die Linke	Annahme – Bei Umsetzung des Vorschlages besteht auch die Möglichkeit, nicht angemeldete Hunde aufzufinden, was zu Mehreinnahmen bei der Hundesteuer führt.
SPD	Zustimmung
CDU/ANW	Annahme
Bündnis90 / DieGrünen	Annahme – Da mehr als 6.000 Vierbeiner in der LH P gemeldet sind, werden deren Hinterlassenschaften immer mehr zum Ärgernis in der Stadt, obwohl jeder Hundehalter gemäß § 8 der Stadtordnung zur unverzüglichen Beseitigung von Hundekot verpflichtet ist, gibt es immer noch viele, die sich nicht an die rechtlichen Regelungen halten. Diesem Vorschlag wird zugestimmt, da die Erfahrungen des Ordnungsamts gezeigt haben, dass allein mit dem Ordnungsrecht der Verschmutzung des öffentlichen Raumes durch Hundekot und das Umgehen des Leinenzwanges nicht begegnet werden kann. Hier ist gemeinsames Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Verbindung mit dem Ordnungsamt gefragt.
FDP	Annahme – Siehe oben: Begründung 12/SVV/0763. Neben dem gesteigerten Angebot an Hundetoiletten, sollten Bürger, welche sich nicht an die geltenden Regelungen halten, auch durch das Ordnungsamt zur Rechenschaft gezogen werden, wenn ein Verstoß beobachtet wird.
Bürger Bündnis	Annahme
Die Andere	Annahme
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	-
Gesundheit und Soziales	Zur Kenntnis genommen
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Zustimmung
Stadtplanung und Bauen	Zur Kenntnis genommen
Kultur	Zur Kenntnis genommen
Bildung und Sport	Zur Kenntnis genommen
Jugendhilfeausschuss	Zur Kenntnis genommen

Finanzausschuss	Annahme – ungeändert beschlossen (jedoch weniger Fokus auf Sanktionen setzen, da Frage der Durchführbarkeit ungeklärt)
Stadtverordnetenversammlung	Annahme

DS 12/SVV/0769

Neugestaltung des Öffentlichen Nahverkehrs (unentgeltlich, ticketfrei)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Neugestaltung des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) in Potsdam. Ziel ist die Umsetzung eines kostenlosen (Beispiele: Templin, Lübben, Leipzig, Tübingen, Tallin, Hasselt/Belgienj u.a.), ticketfreien (sozial-ökologisch, kostengünstig, ressourcenschonend) öffentlichen Nahverkehrs oder die Möglichkeit, den Potsdamer Nahverkehr für Kinder bis 15 Jahren kostenfrei zu gestalten. In der Diskussion sollte eine Abwägung der unterschiedlichen Ziele stattfinden.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2755 Punkte. Er wurde unter der Nummer 11 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Tarifgestaltung im öffentlichen Nahverkehr ist seit Einführung des Potsdamer Bürgerhaushalts Gegenstand von Hinweisen und Vorschlägen. Im Jahr 2009 stand insbesondere der Schülertarif im Fokus. Im Ergebnis hat der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg das in Potsdam ermäßigte Schülerticket, zunächst für einen Probezeitraum von drei Jahren, eingeführt. Der Einnahmeausfall ist vom Verkehrsbetrieb Potsdam (ViP) auszugleichen. Die Vielschichtigkeit der Vorschläge in diesem Jahr veranlasst die Verwaltung, das Thema nochmals aufzubereiten. Dabei sollen die Rahmenbedingungen in Potsdam analysiert, die benannten Beispiele betrachtet und für Potsdam bewertet, pro und contra abgewogen und im Ergebnis ein Vorschlag zum weiteren Umgang mit dem Thema unterbreitet werden.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten:

Eine seriöse Angabe ist für die differenzierten Vorschläge derzeit nicht möglich. Bei einem kostenfreien öffentlichen Nahverkehr für die Nutzer würden jährlich ca. 21 Mio. Euro Fahrgeldeinnahmen entfallen, die dann von der Landeshauptstadt Potsdam aufzubringen wären.

>> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: -

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: 5470001 - 5470002

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag: Dieser Vorschlag wurde vom Redaktionsteam aus 3 Bürgervorschlägen zusammengefasst:

Originalvorschlag Nr. 39: Wir brauchen eine sozial-ökologische Vision, wie Mobilität in Potsdam kostengünstig, ressourcenschonend und sozial gerecht umgesetzt werden kann. Die Stadt soll prüfen, inwieweit die Umsetzung für einen ticketfreien Potsdamer ÖPNV realisierbar sei, der klar macht, dass ein ÖPNV nicht zum Nulltarif zu haben, aber dennoch ticketfrei und sozial austariert realisierbar ist.

Originalvorschlag Nr. 42: Keine Tickets im Öffentlichen Nahverkehr für Kinder bis 15 Jahre positive Effekte: - weniger Verkehrschaos vor den Schulen - weniger Abgase/Klimaschutz - Selbständigkeit der Kinder wächst - finanzielle Entlastung von Familien

Kosten: - verlorene Einnahmen könnte ViP errechnen/abschätzen

Originalvorschlag Nr. 76: Ich schlage vor, den unentgeltlichen öffentlichen Personen-nahverkehr noch im Jahre 2014, unter Verwertung der Erfahrungen anderer Städte und Gemeinden (Templin, Lübben, Leipzig, Tübingen, Tallin, Hasselt/Belgienj u.a.) in der Landeshauptstadt Potsdam, einzuführen.

>> Votum/Stellungnahmen

Die Linke	Prüfauftrag – Geprüft werden sollen die Möglichkeiten und die finanziellen Auswirkungen der schrittweisen Einführung a) der kostenfreien Nutzung des ÖPNV, b) der kostenfreien Nutzung für Kinder bis 15 Jahre, c) des ticketfreien ÖPNV.
SPD	Ablehnung
CDU/ANW	Ablehnung – Das lässt die HHLage nicht zu.

Bündnis90 / DieGrünen	Annahme – Dieser Vorschlag wird unterstützt, da er langfristig zielführend ist, aber ein Finanzierungskonzept erforderlich macht.
FDP	Ablehnung – Die Fraktion FDP lehnt diesen Vorschlag auf Grund der Anfrage nach kostenfreier Nutzung des ÖPNV durch unter 15-jährige ab. Die haushalterische Situation gibt eine Steigerung der freiwilligen Leistungen in dieser Größenordnung nicht her. Gleichzeitig steigt die Wertigkeit einer Leistung auch mit dem finanziellen Gegenwert, den man dafür entrichten muss. Zur Entlastungen von Schülern und Familien hatte die Fraktion FDP in der Haushaltsdebatte 2010 angeregt, das Schülerjahresticket um 30 Prozent nach Stuttgarter Modell zu vergünstigen. Die steigende Nachfrage hätte die finanziellen Einbußen beim Verkauf, sowie in Stuttgart geschehen, ausgeglichen. Immerhin konnte eine Preisreduzierung für das Schülerjahresticket in Höhe von 10 Prozent in der Diskussion erreicht werden, welche zum Schuljahr 2010/2011 umgesetzt wurde.
Bürger Bündnis	Annahme – Ja für Schüler, generell solange die Schulausbildung dauert.
Die Andere	Annahme
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	-
Gesundheit und Soziales	Zur Kenntnis genommen
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Zur Kenntnis genommen
Stadtplanung und Bauen	Zustimmung
Kultur	Zur Kenntnis genommen
Bildung und Sport	Zur Kenntnis genommen
Jugendhilfeausschuss	Zur Kenntnis genommen

Finanzausschuss	Ablehnung
Stadtverordnetenversammlung	Ablehnung

DS 12/SVV/0770

Schulweg-Verkehrssicherheit durch unterstützende Maßnahmen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Überprüfung der Verkehrswege um Kindereinrichtungen von Kita, Hort, Schulen und Freizeiteinrichtungen sowie an und auf den Wegen dahin. Generell sollten mehr Fußgängerüberwege geschaffen werden, um die Sicherheit von Kindern und älteren Menschen zu erhöhen.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 1250 Punkte. Er wurde unter der Nummer 12 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Überprüfung der Verkehrswege im Umfeld von Kindereinrichtungen und Schulen wird im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Verkehrsschauen durch die Straßenverkehrsbehörde gewährleistet. Seitens der Verkehrsbehörde sind weitergehende Überprüfungen nicht möglich.

Anders als im Vorschlag angenommen, ist es nicht einfach, Fußgängerüberwege verstärkt einzurichten. So sind sie oft mit einem erheblichen Aufwand zur Herstellung der Sichtbereiche und der Beleuchtung verbunden. Zudem gibt es strenge Vorgaben, wann Fußgängerüberwege eingerichtet werden dürfen. Es ist anzumerken, dass Fußgängerwege bzw. Zebrastreifen erfahrungsgemäß eine weniger sichere Überquerungshilfe für Kinder darstellen. Sie fühlen sich auf dem Zebrastreifen genauso sicher wie auf einem ampelgeregelten Überweg. Die Verhaltensweisen der Fahrzeugführer sind jedoch hinsichtlich der erforderlichen Aufmerksamkeit und Rücksichtnahme nicht in jedem Fall adäquat.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Verkehrsschauen erfolgt die Überprüfung der Verkehrswege im Umfeld von Kindereinrichtungen und Schulen gemäß dem Brandenburgischen Schulgesetz § 4 Absatz 3. Die Möglich- und Notwendigkeiten sind durch die Straßenverkehrsbehörde in Abstimmung mit der Polizei und den Bereich Verkehrsmanagement und Straßenbeleuchtung für jeden Einzelfall zu prüfen. Hierbei sei ebenfalls auf das Potsdamer Schulwegsicherungskonzept aus dem Jahr 2009 verwiesen, das den IST- und den SOLL-

Zustand für alle Standorte benennt und für jeden Einzelfall die erforderlichen Maßnahmen und die Zeiträume zu ihrer Erledigung auflistete.

- >> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: -
- >> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: 5410004.5222400
- >> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam:
Zur Realisierung bestünde die Notwendigkeit den Planansatz der kommenden Jahre um die Mittel der Schulwegsicherung zu erhöhen.

Originalvorschlag: Überprüfung der Verkehrswege um Kindereinrichtungen von Kita, Hort, Schulen und Freizeiteinrichtungen sowie an und auf den Wegen dahin. In einer Umfrage für die Ideen was sich Potsdam verändern sollte des Lokalen Bündnisses für Potsdam Nord West, wurde vorgeschlagen, generell mehr Fußgängerüberwege zu schaffen. Dadurch wird Sicherheit den Kindern und älteren Menschen erhöht, sie führen zu einer erhöhten Aufmerksamkeit bei Autofahrern und lassen Eltern ihre Kinder sich selbstständiger bewegen, da Wege für Kinder vorhanden sind. Es ist relativ leicht Verkehrsüberwege einzurichten, in Potsdam wird dies aus Sicht des Bündnisses zu wenig genutzt, darum sollten mit dem Bündnissen für Familie Wege um Kinder- und Jugendeinrichtungen geprüft werden, ob solche Überwege nicht sinnvoll anzuwenden wären.

>> **Votum/Stellungnahmen**

Die Linke	Bereits in Umsetzung – Durch ständige Verkehrsschauen und kleinteilige Maßnahmen durch Veränderungen im Sinne des Antrages bei Straßensanierungen und regelmäßigen Berichterstattungen der Verwaltung im Ausschuss für Bildung und Sport.
SPD	Zustimmung als Prüfauftrag
CDU/ANW	Prüfauftrag – Es existiert bereits ein Schulwegsicherungskonzept. Darüber hinaus machen Überwege, wie Zebrastreifen den Schulweg nicht in jedem Fall sicherer, da Aufmerksamkeit und Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer nicht in jedem Fall gegeben sind, Grundsätzlich unterstützt die CDU/ANW Fraktion die Sicherung der Verkehrswege im Umfeld von Kindereinrichtungen.
Bündnis90 / DieGrünen	Prüfauftrag – Es wird angeregt, den Vorschlag

	so umzusetzen, dass die Stadt das Schulwegsicherungskonzept vertieft und umsetzt. Eine mögliche und zu prüfende Alternative wäre auch die flächendeckende Einführung von Tempo 30.
FDP	Annahme – Die Sicherheit unserer Kinder im Straßenverkehr und insbesondere auf den Schulwegen hat für die Fraktion FDP eine hohe Priorität. Nach der Überprüfung der Verkehrswege um Kinder- und Freizeiteinrichtungen in Potsdam, die selbstständig durch Kinder und Jugendliche genutzt werden, sollen angemessene Vorschläge unterbreitet werden, die diese Sicherheit gewährleisten oder verbessern können.
Bürger Bündnis	Annahme als Prüfauftrag – Wichtig wäre hier die Vertiefung der Verkehrserziehung.
Die Andere	In Umsetzung – Der Vorschlag wird nach unserer Auffassung bereits umgesetzt. Falls in Einzelfällen noch Handlungsbedarf besteht, sollte er mit konkreten Vorschlägen geltend gemacht werden.
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	-
Gesundheit und Soziales	Zur Kenntnis genommen
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Zustimmung
Stadtplanung und Bauen	Zustimmung
Kultur	Zur Kenntnis genommen
Bildung und Sport	Geändert beschlossen: letzten Satz streichen, sodass neuer Antragstext lautet: „Überprüfung der Verkehrswege um Kindereinrichtungen von Kita, Hort, Schulen und Freizeiteinrichtungen sowie an und auf den Wegen dahin.“
Jugendhilfeausschuss	Zur Kenntnis genommen

Finanzausschuss	Annahme – geändert beschlossen: „Überprüfung der Verkehrswege um Kindereinrichtungen von Kita, Hort, Schulen und Freizeiteinrichtungen sowie an und auf den Wegen dahin. Generell soll-
------------------------	--

	ten mehr Fußgängerüberwege Einrichtungen geschaffen werden, um die Sicherheit von Kindern und älteren Menschen zu erhöhen.“
Stadtverordnetenversammlung	Annahme , entsprechend der Empfehlung Finanzausschuss

DS 12/SVV/0771

Herstellung der barrierefreien Innenstadt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Herstellung von barrierefreien Überwegen und Parkplätzen in der Potsdamer Innenstadt und im Holländischen Viertel.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden votierung insgesamt 1213 Punkte. Er wurde unter der Nummer 13 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Mit einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 02.11.2005 erfolgte die Selbstbindung der Landeshauptstadt Potsdam an den „Beschluss von Barcelona“. Die Erklärung besagt unter anderem, dass die Kommune im Rahmen Ihrer Befugnisse Maßnahmen zur Umgestaltung von öffentlichen Wegen und Plätzen ergreift, um zu ermöglichen, dass sich Personen mit Behinderungen ohne Einschränkung Ihrer Mobilität in der Stadt bewegen können. Für die Brandenburger Vorstadt wurde ein Pilotprojekt zur Barrierefreiheit erarbeitet und erste Prioritäten bereits umgesetzt. Der erste Schritt für die Planung einer barrierefreien Potsdamer Innenstadt ist die Erstellung eines detaillierten Konzeptes zum Straßen- und Gehwegzustand in der Innenstadt, um die Schwachstellen aufzuzeigen. Barrieren und Defizite müssen aufgezeigt und dokumentiert werden. Über eine Kostenberechnung wird dann der notwendige finanzielle Rahmen festgelegt werden können. Es ist eine Prioritätensetzung für die Umsetzung zu erarbeiten. Das Konzept könnte kurzfristig durch den Bereich Verkehrsanlagen erstellt werden. Die Umsetzung hängt von den finanziellen Möglichkeiten ab.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: Für die gesamte Stadt Potsdam stehen jährlich insgesamt nicht mehr als 80.000 Euro zur Umsetzung von kleinteiligen Maßnahmen der Barrierefreiheit zur Verfügung. Die Kosten zur Herstellung einer barrierefreien Innenstadt sind abhängig vom Ergebnis einer detaillierten Untersuchung zum Straßen- und Gehwegzustand in der Innenstadt.

- >> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: -
- >> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: 5410033 (Barrierefreie Innenstadt)
- >> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag: Herstellung von barrierefreien Überwegen und Parkplätzen in der Innenstadt und im Holländischen Viertel (zur Zeit nur in der Jägerstraße und Friedrich Ebert Straße tw. vorhanden).

>> Votum/Stellungnahmen

Die Linke	Bereits in Umsetzung – Zielstellung ist im Verwaltungshandeln verankert und wird entsprechend der vorhandenen finanziellen Mittel umgesetzt.
SPD	Zustimmung
CDU/ANW	Bereits in Umsetzung – Mit Beschluss vom 02.11.2005 ist die LHP der „Erklärung von Barcelona“ mit ihren Zielen und Inhalten beigetreten – Vorlage 05/SVV/0529 „Barrierefreies Potsdam“.
Bündnis90 / DieGrünen	Annahme – Wegen der Selbstbindung der LH P an den „Beschluss von Barcelona“ und unter Berücksichtigung einer schrittweise Umsetzung sowie Finanzierung mit Straßeninstandsetzung u.ä., wird diesem Vorschlag zugestimmt.
FDP	Bereits in Umsetzung – Potsdam ist 2005 der Erklärung von Barcelona beigetreten. Diese wird beim Aus- und Umbau von Verkehrsanlagen, Haltestellen und öffentlichen Bereichen durch die Verwaltung berücksichtigt und ist deshalb in Umsetzung
Bürger Bündnis	Prüfauftrag – hinsichtlich der Frage des bisherigen Umsetzungsstands des „Barcelona Konzepts“.

Die Andere	Annahme
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	-
Gesundheit und Soziales	Annahme
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Zustimmung
Stadtplanung und Bauen	Annahme
Kultur	Zur Kenntnis genommen
Bildung und Sport	Zur Kenntnis genommen
Jugendhilfeausschuss	Zur Kenntnis genommen

Finanzausschuss	Annahme – ungeändert beschlossen
Stadtverordnetenversammlung	Annahme

DS 12/SVV/0772

Städtische Sachkostenzuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Einrichtung eines Sachkostenzuschusses der Stadt Potsdam für alle Schulen in freier Trägerschaft.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 1116 Punkte. Er wurde unter der Nummer 14 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Gemäß § 124 Absatz 1 des Brandenburgischen Schulgesetzes erhalten Träger von sogenannten Ersatzschulen, die auf gemeinnütziger Grundlage arbeiten, einen öffentlichen Finanzierungszuschuss vom Land zum Betrieb der Schule (Betriebskostenzuschuss). Der Betriebskostenzuschuss wird entsprechend § 124 für die durch den Betrieb der Schule anfallenden Personal- und Sachkosten gewährt. Die Zahlung eines weiteren Sachkostenzuschusses durch die Stadt und damit die zumindest teilweise Kompensation

von Kürzungen der Landeszuschüsse als freiwillige Leistung wird angesichts der bestehenden Defizite bei Pflichtaufgaben (z. B. Ausstattung und Gebäudeunterhalt städtischer Schulen) sowie der angespannten Haushaltssituation Potsdam als nicht umsetzbar eingeschätzt.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: Gemäß amtlicher Schulstatistik wurden im Schuljahr 2011/ 2012 insgesamt 4.292 Schüler/innen an allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft beschult. Für die gleiche Anzahl Schüler/innen an Schulen in Trägerschaft der Stadt Potsdam entstanden für die Stadt Kosten in Höhe von rund 230.000 Euro pro Monat (ohne investive Kosten). Diese Summe wäre maximal zu veranschlagen. Es existiert derzeit keine Rechtsgrundlage zur Zahlung von Zuschüssen an Schulen in freier Trägerschaft durch die Landeshauptstadt Potsdam. Darauf gerichtete ähnliche Anträge (Drucksachen 11/SVV/0677 und 11/SVV/0702) wurden durch die Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

>> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: Es existiert derzeit keine Rechtsgrundlage zur Zahlung von Zuschüssen an Schulen in freier Trägerschaft durch die LHP. Die Zahlung eines Sachkostenzuschusses durch die Stadt als freiwillige Leistung wird angesichts der bestehenden Defizite bei Pflichtaufgaben sowie der angespannten Haushaltssituation der LHP als nicht möglich eingeschätzt. Eine Deckungsquelle kann von Seiten des Fachbereiches Bildung und Sport nicht benannt werden.

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag: Trotz massiver Proteste der Bürger (Eltern, Lehrer, Kinder,...) beschloß der Brandenburger Landtag drastische Kürzungen bei den Zuschüssen zu den Kosten für Schulen in freier Trägerschaft. Nun möchte ich Sie bitten: stimmen Sie für einen Sachkostenzuschuss innerhalb der finanziellen Möglichkeiten der Stadt Potsdam für alle Schulen in freier Trägerschaft als Investition in unser aller Zukunft und im Sinne des Grundrechts auf Bildung für alle Potsdamer Kinder, egal welchen Einkommens. (als Bsp.-Gemeinde sei an dieser Stelle Ottersberg in Niedersachsen genannt)

>> Votum/Stellungnahmen

Die Linke	Ablehnung – Die Verantwortung der Stadt hat sich auf staatliche Schulen zu konzentrieren.
SPD	Ablehnung

CDU/ANW	Prüfauftrag – Die Möglichkeit eines Sachkostenzuschusses sollte für alle Schulen in freier Trägerschaft in Bezug auf die finanziellen Möglichkeiten der Stadt Potsdam geprüft werden.
Bündnis90 / DieGrünen	Ablehnung – Die Finanzierung staatlicher Schulen ist noch nicht ausreichend und daher vorrangig zu behandeln.
FDP	Prüfauftrag – Hier ist zu prüfen, in wie weit das Land für Sachkosten bereits Zuschüsse vergibt. In Anbetracht der großen Einsparungen der öffentlichen Haushalte durch den Betrieb der freien Schulen sollte drüber nachgedacht werden, ob nicht eine symbolische Unterstützung erbracht wird, um die Leistung anzuerkennen.
Bürger Bündnis	Annahme
Die Andere	Ablehnung – Bereits jetzt hat die Stadt Potsdam große Probleme, die räumlichen Voraussetzungen für attraktive städtische Schulen zu schaffen, obwohl dies eine städtische Pflichtaufgabe darstellt. Eine freiwillige Ausgabe von jährlich mehr als 2 Mio als Sachkostenzuschuss an freie Schulträger zu tätigen, erscheint uns vor diesem Hintergrund unangemessen. Die Stadt Potsdam sollte diese Kosten lieber zusätzlich in die städtischen Schulgebäude und Schulsportanlagen investieren, um die Schulbedingungen auch für die Kinder zu verbessern, deren Eltern sich die Beschulung auf freien Schulen nicht leisten können.
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	-
Gesundheit und Soziales	Zur Kenntnis genommen
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Zur Kenntnis genommen
Stadtplanung und Bauen	Zur Kenntnis genommen
Kultur	Zur Kenntnis genommen
Bildung und Sport	Annahme
Jugendhilfeausschuss	Zur Kenntnis genommen

Finanzausschuss	Ablehnung , da Landesaufgabe
Stadtverordnetenversammlung	Ablehnung , da es sich hierbei vorwiegend um eine Landesaufgabe handelt, die die Landeshauptstadt Potsdam nicht freiwillig erbringen kann.

DS 12/SVV/0773

Autofreier Sonntag (nach Vorbild Hannovers)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Attraktivität Potsdams ist zu steigern, indem regelmäßige autofreie Sonntage eingeführt werden. Als Beispiel soll dafür die Stadt Hannover dienen (Fahrrad-Sternfahrt, Markt der (Mobilitäts-)Möglichkeiten, regionales Bio-Catering und Solarfest inklusive).

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 988 Punkte. Er wurde unter der Nummer 15 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Derartige Vorhaben als hoheitliche Maßnahme sind durch die geltende Rechtsprechung als unverhältnismäßig eingestuft worden. Eine Umsetzung nach den straßenverkehrsrechtlichen Bestimmungen ist somit in Potsdam nicht möglich. Die Straßenführungen der Hauptverkehrs- und Bundesstraßen sowie die Führung des Öffentlichen Nahverkehrs in Potsdam können nicht konform mit denen in Hannover gesetzt werden. So verfügt Hannover beispielsweise über ein U-Bahn-Liniennetz, womit alle Örtlichkeiten - auch an autofreien Sonntagen - erreicht werden können; es werden keine bedeutenden Verkehrsadern, wie Bundesstraßen, in Hannover gesperrt, wo hingegen diese in Potsdam das direkte Zentrum queren bzw. tangieren. Die Sperrung einzelner Straßen bzw. Straßenabschnitte ist für die Durchführung beispielweise von Festen hingegen denkbar, so wie es bereits auch in Potsdam seit Jahren praktiziert wird.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: Nicht kalkulierbar.

>> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012:

Aufgrund der wiederholten Nachfragen speziell zum autofreien Sonntag in Hannover wurde durch die Straßenverkehrsbehörde die zuständige Verwaltung der Stadt Hannover zu dieser Thematik konsultiert.

Die Landeshauptstadt Hannover nimmt eine Fläche von ca. 200 km² ein und ist mit 525.000 Einwohnern die größte Stadt Niedersachsens. Seit 2007 veranstaltet die Stadt einen „autofreien Sonntag“, bei dem lediglich ein Teil der Innenstadt für einen Sonntag im Jahr vollständig für den motorisierten Individualverkehr gesperrt wird. Prinzipiell werden nicht einzelne Straßen pauschal für den Verkehr gesperrt, sondern es wird ein definiertes Areal für eine Veranstaltung gesperrt, damit keine Autos die Straßen queren können. Dieser Bereich wird für die Durchführung verschiedener Stadtfeste und die Montage von ca. drei bis vier Bühnen durch unterschiedliche Veranstalter genutzt. Ferner gibt es viele Attraktionen zum Thema Fahrrad, Solar, Elektroautos oder auch Skaten. Somit erhält das „autofreie“ Gebiet den Charakter eines Stadtteilfestes.

Insgesamt wird eine Fläche von ca. 0,6 km² für dieses Feste „autofrei“ abgesperrt. Dies entspricht in etwa einem Prozent der Gesamtfläche der Stadt Hannover. Im Vergleich hierzu würde diese Fläche auf Potsdam projiziert, ungefähr dem Gebiet in den Abgrenzungen Hegelallee, Schopenhauerstraße, die Breite Straße und Friedrich-Ebert-Straße entsprechen.

Auch Linienbusse haben an diesem Tag in Hannover keine Zufahrtberechtigung in diesen abgesperrten Sektor. Die Umfahrung erfolgt aufgrund des sehr gut ausgebauten Hauptstraßennetzes durch die tangential verlaufenden Straßen. Der Touristen- und Besucherverkehr wird durch das vorhandene U-Bahnnetz gewährleistet.

Somit sind keine Verkehrsbeeinträchtigungen auf dem Hauptstraßennetz während der Veranstaltung zu verzeichnen. Ausnahmen werden lediglich den Anwohnern, Schwerbehinderten, Taxen, Hotelgästen, Stellplatzinhabern, Pflegediensten, Menübringdiensten, Einsatzfahrzeugen und Wachdiensten eingeräumt. Außerdem werden in besonderen Fällen (Hochzeit, Auf- und Abbau der Feste, private Umzüge) auch Ausnahmegenehmigungen erteilt. Zudem müssen einige Anwohner in bestimmten Straßen ihre Autos ohne Kostenausgleich umparken, was zur Folge hat, dass der gesamte Bereich um das gesperrte Gebiet herum, völlig überfüllt ist.

Die Kosten nur für die Sperrung der Straße für ein derartiges Stadtteilfest in Hannover betragen ca. 150.000 €.

Die Landeshauptstadt Potsdam veranstaltet bereits seit Jahren ein vergleichbares Stadtteilfest, die Potsdamer Erlebnissnacht. Bei diesem Fest, welches sich vom Holländer Viertel über die Brandenburger Straße bis zum Luisenplatz erstreckt, wird u.a. auch der ÖPNV gänzlich aus der Friedrich-Ebert-Straße ferngehalten.

Ein autofreier Sonntag hätte zum Nachteil, dass einige Anwohner in bestimmten Straßen ihre Autos ohne Kompensationsmöglichkeiten umparken müssen. Des Weiteren sieht die Verwaltung nicht den Bedarf in Potsdam weiterer Feste als die Bekannten und sich bereits traditionell etablierten auszurichten. Zudem müsste sich ein Investor und Initiator finden, der die Organisation der Veranstaltung und die Kosten für die Absperrmaßnahmen auf sich nimmt.

Grundsätzlich ist die Sperrung einzelner Straßen bzw. Straßenabschnitte für die Durchführung von Festen denkbar. Es ist jedoch rechtlich unzulässig, bestimmte Straßen, Stadtteile oder gar ganze Städte temporär für den Kraftfahrzeugverkehr zu sperren, um einen sogenannten „autofreien Tag“ im eigentlichen Sinn zu initiieren. Hierfür kann keinesfalls die StVO mit ihren verschiedenen Möglichkeiten der Verkehrsregelung genutzt werden.

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag: Das Beispiel Hannovers zeigt, das regelmäßige autofreie Sonntage attraktiv sind und bis in die Region ausstrahlen - Fahrrad-Sternfahrt, Markt der (Mobilitäts-)Möglichkeiten, regionales Bio-Catering und Solarfest inklusive! <http://www.hannover.de/autofrei/>. Bitte mitmachen, Potsdam!

>> Votum/Stellungnahmen

Die Linke	Ablehnung – Hannover hat andere Bedingungen.
SPD	Ablehnung
CDU/ANW	Bereits in Umsetzung – Ein regelmäßig stattfindender autofreier Sonntag ist nicht sinnvoll und schränkt die individuelle Mobilität der Bürger ein.
Bündnis90 / DieGrünen	Annahme – Dem Vorschlag wird zugestimmt. Die Fraktion teilt hier die Auffassung der Verwaltung nicht, die derartige Vorhaben durch die geltende Rechtsprechung als unverhältnismäßig

	<p>eingestuft sieht und somit als nicht möglich betrachtet.</p> <p>Der Gedanke, einen Tag pro Jahr generell auf den Gebrauch des Autos zu verzichten, wird bereits von fast allen Staaten der Europäischen Union und darüber hinaus von den meisten Kommunen und Städten unterstützt. Die LH P als Mitglied im internationalen Klima-Bündnis (Climate Alliance /Alianza del Clima e.V.) ist hier aufgefordert entsprechende Aufrufe zu initiieren und zu erlassen.</p> <p>Ein erster Schritt dahin, könnte die Einführung eines autofreien Tages als Aktionstag sein. In vielen Kommunen findet dies schon jährlich am 22. September statt. Der autofreie Sonntag in Hannover ist dort in das Klimaschutzkonzept mit eingebettet und könnte daher in Potsdam auch eine Aufgabe für die beim Oberbürgermeister angesiedelte Klima Koordinierungsstelle sein.</p>
FDP	Prüfauftrag – Es soll geprüft werden, in wie weit sich die Aktion ähnlich dem genannten Best Practise Beispiel an Feierlichkeiten wie das Stadtfest, die Antikmeile oder das Tulpenfest usw. koppeln lässt.
Bürger Bündnis	Ablehnung – Nur als freiwillige Aktion durchführbar.
Die Andere	Annahme
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	-
Gesundheit und Soziales	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Ablehnung
Stadtplanung und Bauen	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Kultur	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Bildung und Sport	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Jugendhilfeausschuss	<i>Zur Kenntnis genommen</i>

Finanzausschuss	Ablehnung
Stadtverordnetenversammlung	Ablehnung

DS 12/SVV/0774

Babelsberg und im Potsdamer Norden: Fußballplätze einrichten

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Fußballplätze und Freizeitflächen am Babelsberger Park sind zu bauen und die Situation an der „Sandscholle“ zu verbessern. Für den Potsdamer Norden stellt die Schaffung eines neuen Sportgeländes im Bornstedter Feld die beste Lösung dar. Als kostengünstigere Alternative wird vorgeschlagen, in enger Kooperation mit der Karl-Förster-Schule das bestehende Gelände in der Kirschallee zu sanieren und zu optimieren (Umwandlung des Hartgummi-Kleinfelds in ein Kunstrasen-Kleinfeld und eine Erneuerung des Kunstrasen-Großfelds).

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 5774 Punkte. Er wurde unter der Nummer 16 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Landeshauptstadt Potsdam teilt die Auffassung, wonach Fußballplätze in Babelsberg und im Bornstedter Feld benötigt werden. Es wird nach geeigneten Flächen in den Stadtteilen gesucht.

Für Babelsberg wird derzeit die Realisierbarkeit auf einem Grundstück zwischen der Nutheschnellstraße und Park Babelsberg geprüft. Gegenwärtig gibt es jedoch durch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten genehmigungsrechtliche Bedenken hinsichtlich des Umgebungsschutzes des Weltkulturerbes. Die planerischen Überlegungen zur Lösung des Problems werden fortgesetzt.

Im Potsdamer Norden wird noch nach einem geeigneten Grundstück gesucht. Der Umbau der Kunststoffspielfläche in einen kleinen Kunstrasenplatz wäre für den Nachwuchsfußball des Vereins sicher von Vorteil. Für die Schule fehlt dann allerdings eine multifunktionale Spielfläche für den Sportunterricht, auf der u.a. die Prellballsportarten wie Basketball aber auch andere Übungsformen ausgeübt werden können. Der Schulsport - als kommunale Pflichtaufgabe - hat hier aus Sicht der Landeshauptstadt Potsdam den Vorrang. Unabhängig davon benötigt der Verein auf lange Sicht einen Naturrasenplatz mit Normmaßen, der aber auf dem Grundstück in der Kirschallee nicht mehr unter zu bringen ist. Vor dem Hintergrund der schwierigen finan-

ziellen Situation Potsdams ist eine Einordnung in den Haushaltsplan für diese freiwillige Investition bisher nicht möglich gewesen. Zwischenzeitlich wurde eine Ausweichmöglichkeit für den Norden in Neu Fahrland geschaffen, die voraussichtlich noch im Jahr 2012 in Betrieb gehen kann.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: Fußballplatz am Babelsberger Park ca. 250.000 Euro; Bornstedter Feld (Grundstück, Fußballplatz, Sportfunktionsgebäude) ca. 2,4 Mio. Euro

>> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012:

Der Sportplatz in Neu Fahrland wurde im August 2012 in Betrieb genommen. Derzeit wird der Platz von den Fußballvereinen Potsdamer Kickers e.V. und Rot-Weiß Groß Glienicke genutzt.

>> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -

>> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Gespräche mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten zur Nutzung der Grünflächen neben dem Babelsberger Park werden fortgesetzt.

Originalvorschlag: Wir fordern, die seit Jahren immer wieder eingebrachten Vorschläge zur Schaffung von Fußballplätzen am Park Babelsberg und an der Kirschallee endlich umzusetzen und an diesen Orten jeweils 2 Großfeldplätze zu bauen. Seit Jahren belegen Bürgervorschläge zur Schaffung von Fußballplätzen für Kinder, Jugendliche und Freizeitsportler vordere Plätze im Bürgerhaushalt. Selbst die Stadtverwaltung geht schon seit 10 Jahren davon aus, dass in Potsdam 6-7 Fußballgroßfeldplätze fehlen. Allerdings führen solche Feststellungen ja bisher in Potsdam zu nichts. Das Interesse der Stadtpolitik erschöpft sich leider ausschließlich im Spitzensport. Wir haben es inzwischen satt, immer wieder die gleichen Wünsche vorzubringen, obwohl der Sportstättenmangel seit Jahren immer größer wird. Inzwischen muss man bezweifeln, ob die Stadtverwaltung den Ernst der Lage überhaupt wirklich erkannt hat. Der Bürgervorschlag, Fußballplätze und Freizeitflächen am Babelsberger Park zu bauen, belegte im Bürgerhaushalt 2011 Platz 1 und mit noch höherer Punktzahl 2012 Platz 3. Aber die Stadtverordneten lehnten die Vorschläge stets ab und gaben das Geld lieber für den Spitzensport aus. In Babelsberg sind alle städtischen Sportplätze hoffnungslos überfüllt. Auf dem Platz an der Sandscholle finden an manchen Wochenenden 15 Spiele statt. Freie Trainingszeiten gibt es nicht. Schon 2012 kann der SV Concordia Nowawes 06 erstmals nicht alle Trainingsgruppen für den Punktspielbetrieb anmelden, weil die Plätze fehlen. Die Situation wird sich noch dramatisch verschärfen, wenn die jetzigen

Kleinfeldteams in 1,5 Jahren auf das Großfeld wechseln. Außerdem fordern Nachbarn inzwischen eine Mittagsruhe an den Wochenenden ein. Wenn dies durchgesetzt wird, kann nur noch die Hälfte der Spiele an der Sandscholle stattfinden. Die Erweiterung des Sportplatzes Kirschallee belegte 2011 Platz 9 und 2012 Platz 15 im Bürgerhaushalt. Seit Jahren ist dieser Kunstrasenplatz völlig überlastet und dazu in einem abgenutzten Zustand. In den letzten Monaten wurde viel von der Entwicklung des Potsdamer Nordens geredet um den Bedarf an Sportplätzen für die dort wohnenden Kinder und Familien kümmert sich die Stadtverwaltung seit Jahren aber nicht. Ganz im Gegenteil, auf eine Anfrage hin behauptete der Oberbürgermeister noch, dass der Platz an der Kirschallee in gutem Zustand sei. Wir hoffen, dass der Oberbürgermeister endlich aktiv wird. Statt den Zuzug nach Potsdam immer stärker anzuheizen, sollte sich die Verwaltung endlich darum kümmern, dass dafür erst einmal die nötigen Sport-, Kultur- und Sozialeinrichtungen geschaffen werden. Außerdem hoffen wir, dass der Bürgerhaushalt nicht länger ein unverbindlicher Kummerkasten bleibt, sondern dass die Bürgervorschläge endlich einmal umgesetzt werden. Sonst werden wir uns an einer neuen Runde des Bürgerhaushalts nicht mehr beteiligen.

Onlinekommentar:

Konkretisierung bezüglich der Sportanlage Kirschallee im Potsdamer Norden: Die Sportanlage an der Kirschallee im Bornstedter Feld ist ebenfalls hoffnungslos überfüllt. Alleine die Potsdamer Kickers 94 e.V. tragen Training und Spiele von derzeit 17 Jugendmannschaften aller Altersgruppen (plus zusätzliche Seniorenspiele) auf dieser Anlage aus. Hinzu kommt die Nutzung durch andere Vereine und die Freizeitnutzung. Insgesamt ist aufgrund des starken Zuzugs auf das Bornstedter Feld mit einem weiteren deutlichen Anstieg der Nachfrage nach Breitensport in diesem Stadtteil zu rechnen. Wir unterstützen den Bürgervorschlag Nr. 278 deshalb nachdrücklich und möchten ihn bezüglich der Fußballplätze im Potsdamer Norden in konstruktiver Weise ergänzen. In den vergangenen Jahren wurde im Rahmen des Bürgerhaushalts immer wieder vorgeschlagen, gänzlich neue Rasen- und Kunstrasenplätze inklusive entsprechender Sozialgebäude auf neu auszuweisenden Flächen im Bornstedter Feld zu schaffen. Die Stadt hat in ihrer Einschätzung den Bedarf anerkannt, aber gleichzeitig darauf verwiesen, dass die benötigten Mittel in Höhe von rund 2,4 Millionen Euro zur Zeit nicht zur Verfügung stehen.

Die Schaffung eines neuen Sportgeländes im Bornstedter Feld stellt auch aus unserer Sicht die beste Lösung dar. Sollte aus finanziellen Gründen diese Lösung kurz- und mittelfristig nicht realisierbar sein, schlagen wir als kostengünstigere Alternative vor, in enger Kooperation mit der Karl-Förster-

Schule das bestehende Gelände in der Kirschallee zu sanieren und zu optimieren. Auf diesem Gelände ist ausreichend Platz, um zumindest vorübergehend die steigende Nachfrage nach organisiertem Breitensport zu vertretbaren Kosten zu decken. Konkret werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

(1) Umwandlung des Hartgummi-Kleinfelds in ein Kunstrasen-Kleinfeld: Der Hartgummiplatz wird in seiner jetzigen Funktion als Handball- oder Basketballplatz kaum genutzt. Außerdem birgt er gerade bei feuchten Witterungsverhältnissen aufgrund des rutschigen Untergrunds erhebliche Unfallgefahren. Eine weitaus effektivere und sichere Nutzung durch Schule und Sportvereine wäre möglich, wenn der Hartgummibelag durch Kunstrasen ersetzt und das Feld geringfügig vergrößert würde.

(2) Erneuerung des Kunstrasen-Großfelds: Da das Großfeld täglich intensiv genutzt wird, weist es erhebliche Verschleißspuren auf. Außerdem ist es für den Spielbetrieb zu klein und kann effektiv eigentlich nur für einen eingeschränkten Trainingsbetrieb genutzt werden. Eine geringfügige Vergrößerung würde die Möglichkeiten für Training und Spiele deutlich erhöhen. Ersten Schätzungen zufolge betragen die Kosten der beiden Maßnahmen nur einen kleinen Bruchteil des Finanzbedarfs von 2,4 Millionen EUR für den ursprünglichen Vorschlag. Außerdem könnten sich die Vereine im Rahmen ihrer Möglichkeiten und gegen Zusicherung von entsprechenden Nutzungsrechten an der Realisierung des Projekts beteiligen. Denkbar wäre auch, dass die Vereine die Pflege des Kunstrasens übernehmen. Der Zuschuss seitens der Stadt wäre also überschaubar und damit finanzierbar. Ein großer Vorteil des Vorschlags ist ferner, dass vorerst keine zusätzlichen Flächen im Bornstedter Feld für Sportanlagen benötigt werden und sich damit keine Einnahmeausfälle bei der Finanzierung sonstiger Infrastrukturmaßnahmen ergeben. Dieser Punkt entkräftet eines der wichtigsten Argumente gegen den bisherigen Vorschlag.

>> **Votum/Stellungnahmen**

Die Linke	Annahme – Schwerpunkte sind Plätze am Babelsberger Park und im Potsdamer Norden.
SPD	Zustimmung als Prüfauftrag (gemeinsam zu behandeln mit Drucksache 12/SVV/0778 – siehe unten)
CDU/ANW	Annahme – Die CDU/ANW-Fraktion befürwortet die Einrichtung von Sportplätzen.
Bündnis90 / DieGrünen	Bereits in Umsetzung – Der Prüfauftrag, einen Flächenpool für Vorrangflächen Sport zu erstellen

	wurde mit der Drucksachenummer 13/SVV/0120 „Sportflächen für Potsdam“ am 06.03.2013 in der SVV beschlossen. Dazu sollen alle Flächen erfasst und bewertet werden, die für Schul-, Vereins- und Freizeitsport in Frage kommen. In die Bewertung sollen fachliche Gesichtspunkte ebenso einfließen wie bau- und emissionschutzrechtliche. Auf Flächen in Entwicklungsgebieten ist besonderes Augenmerk zu legen. Ziel dieses Flächenpools soll sein, für den Sport geeignete Vorrangflächen zu identifizieren und langfristig zu sichern. Schulsportflächen sollen möglichst so geplant werden, dass sie auch von Sportvereinen genutzt werden können. Der Stadtverordnetenversammlung ist in der Juni-Sitzung 2013 Bericht zu erstatten.
FDP	Annahme – Für beide Bereiche wurde eine Unterdeckung an Sport- und Freizeitflächen festgestellt, so dass diese Forderung die Unterstützung der Fraktion FDP findet. Es ist zu prüfen, ob die bereits im Haushalt geplanten Ausgaben für den Fußballplatz in Babelsberg bis zur Klärung der Differenzen mit der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten für die Errichtung der Freizeitflächen im Potsdamer Norden Verwendung finden können.
Bürger Bündnis	Prüfauftrag – Öffnung der Plätze vom KARLI zur Überbrückung von Engpässen. Auflistung der zeitlichen Belegung aller Sportstätte n.
Die Andere	Annahme
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	-
Gesundheit und Soziales	Zur Kenntnis genommen
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Zur Kenntnis genommen
Stadtplanung und Bauen	Zur Kenntnis genommen
Kultur	Zur Kenntnis genommen
Bildung und Sport	Annahme
Jugendhilfeausschuss	Zur Kenntnis genommen

<p>Finanzausschuss</p>	<p>Annahme – geändert beschlossen: Vorbehaltlich der planungsrechtlichen Möglichkeit ist der Fußballplatz am Babelsberger Park zuzubauen. Die „Sandscholle“ ist im Rahmen des Sportentschließungsplanunnes zu betrachten. Fußballplätze und Freizeittflächen am Babelsberger Park sind zu bauen und die Situation an der „Sandscholle“ zu verbessern. Für den Potsdamer Norden stellt kann die Schaffung eines neuen Sportgeländes im Bornstedter Feld die beste eine geeignete Lösung darstellen. Als kostengünstigere Alternative wird vorgeschlagen, in enger Kooperation mit der Karl-Förster-Schule das bestehende Gelände in der Kirschallee zu sanieren und zu optimieren (Umwandlung des Hartgummi-Kleinfelds in ein Kunstrasen-Kleinfeld und eine Erneuerung des Kunstrasen-Großfelds).</p>
<p>Stadtverordnetenversammlung</p>	<p>Annahme, entsprechend der Empfehlung des Finanzausschusses</p>

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Zur Situation der Bäder in der Landeshauptstadt wurde in großer Ausführlichkeit in öffentlichen Workshops und in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung diskutiert. In einer Bürgerbefragung sprachen sich rund 60% der Teilnehmenden für den Neubau eines Familien- und Sportbades am Brauhausberg aus. Im Ergebnis hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen dort das Bad zu errichten. Damit wurde die Option verworfen, durch Neubau eines Bades an der Biosphäre, dort möglicherweise einen Freibadbereich zu integrieren.

Die Stadt verfügt über zwei öffentliche Strandbäder mit Schwimmmeisterpersonal und zahlreiche natürliche, nicht bewachte Badestellen an Seen mit guter Wasserqualität. Vor dem Hintergrund der derzeit schwierigen Haushaltssituation der Stadt ist der Bau eines separaten Freibades im Potsdamer Norden nicht realisierbar.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: lt. Schätzung mind. 4,5 Mio. €

- >> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: -
- >> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -
- >> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag: Damit Potsdam attraktiver wird, sollte ein Freibad im Norden der Stadt gebaut werden.

DS 12/SVV/0775

Freibad für Potsdams Norden

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Norden der Stadt ist ein Freibad zu bauen.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 4238 Punkte. Er wurde unter der Nummer 17 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

>> Votum/Stellungnahmen

<p>Die Linke</p>	<p>Ablehnung – Bau des Familien- und Freizeitbades am Brauhausberg bietet die für Potsdam benötigten Kapazitäten. Kapazitäten in Umlandgemeinden; z. Z. keine finanziellen Mittel für den Badneubau vorhanden.</p>
<p>SPD</p>	<p>Ablehnung wg. Haushaltskonsolidierung</p>
<p>CDU/ANW</p>	<p>Prüfauftrag</p>
<p>Bündnis90 / DieGrünen</p>	<p>Ablehnung – Dieser Vorschlag wird abgelehnt, da mit der Entscheidung, ein Bad am Brauhausberg zu bauen, ein Freibad für den Potsdamer Norden nicht mehr realisierbar ist.</p>
<p>FDP</p>	<p>Ablehnung – Der Neubau zum Schwimmbad am</p>

	Brauhausberg ist Beschlusslage und wird mit einer Gesamtsumme von 23 Millionen eine große finanzielle Belastung für die Stadt bedeuten, bringt aber gleichzeitig ein weiteres Badeangebot in die Potsdamer Mitte. Zusammen mit dem Strandbad Templin und dem Stadtbad Park Babelsberg gibt es zwei weitere Angebote, die den Potsdamern das Baden im Freien in der Sommerzeit ermöglichen. Diese Angebote werden derzeit bei der bestehenden Haushaltslage als ausreichend betrachtet.
Bürger Bündnis	Ablehnung – Ein Bad reicht für Potsdam. Ein weiteres ist nicht finanzierbar.
Die Andere	Annahme
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	Ablehnung
Gesundheit und Soziales	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Stadtplanung und Bauen	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Kultur	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Bildung und Sport	Ablehnung
Jugendhilfeausschuss	<i>Zur Kenntnis genommen</i>

Finanzausschuss	Ablehnung
Stadtverordnetenversammlung	Ablehnung , da mit der Entscheidung, ein Bad am Brauhausberg zu bauen, ein Freibad für den Potsdamer Norden nicht mehr realisierbar ist.

DS 12/SVV/0776

Archiv - endlich dauerhaft sichern

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Dem Archiv e.V. sind die noch benötigten Gelder für die Sanierung zur Verfügung zu stellen und dem Verein das Eigentum am Gebäude in der Leipziger Str. 60 zum Zwecke seiner gemeinnützigen soziokulturellen Arbeit zu

überschreiben. Außerdem sollte der Kommunale Immobilien Service sofort damit beauftragt werden, den Archiv e.V. bei den Sanierungsarbeiten zu unterstützen.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 3632 Punkte. Er wurde unter der Nummer 18 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Durch die Landeshauptstadt Potsdam werden derzeit für die brandschutztechnische Sanierung des Gebäudes 625.000 Euro zur Verfügung gestellt. Der Verein prüft verschiedene Möglichkeiten der Finanzierung durch weitere Fördermittel. Weiterhin prüft die Landeshauptstadt Potsdam gemeinsam mit dem Archiv e.V. Möglichkeiten zur Eigentumsübertragung des Gebäudes.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: Die Förderung der Jugend- u. Soziokultur ist eine freiwillige Aufgabe der Landeshauptstadt Potsdam. Für die Umsetzung des Vorschlags müssten zusätzlich 525.000 Euro (Gesamtkosten 1,15 Mio. Euro) bereitgestellt werden.

- >> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: -
- >> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto: -
- >> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag: Der alternative soziokulturelle Kulturpalast in der Leipziger Straße ist von Schließung bedroht! Wie der öffentliche Diskurs zweifelsfrei gezeigt hat, ist das Archiv seit 18 Jahren ein in Potsdam unverzichtbarer Standort für nicht-gewinnorientierte, unkommerzielle, niedrigschwellige, partizipative und alternative Soziokultur! Nun schon seit 4 Jahren kämpft das Archiv täglich ums Überleben: Viele Auflagen im Brand- und Schallschutz sowie bei der denkmalschutzgerechten Substanzerhaltung machen umfassende Sanierungen am Vereinsgebäude nötig. Obwohl Stadtverwaltung und Verein sich bereits sehr bemüht haben, fehlen für die Sanierung immer noch Teile der notwendigen Gelder. Es wird daher vorgeschlagen, dem Archiv e.V. die noch benötigten Gelder für die Sanierung zur Verfügung zu stellen und dem Verein das Eigentum am Gebäude in der Leipziger Str. 60 zum Zwecke seiner gemeinnützigen soziokulturellen Arbeit

zu überschreiben. Sollte der Verein sich auflösen oder seiner gemeinnützigen Soziokulturellen Tätigkeit nicht mehr nachkommen, muss das Gebäude natürlich sofort an die Stadt zurückfallen! Außerdem sollte der Kommunale Immobilien Service sofort damit beauftragt werden, den Archiv e.V. bei den Sanierungsarbeiten zu unterstützen: mit dem vorhanden Know-How in Projektsteuerung und bautechnischen sowie baurechtlichen Fragen sollte der KIS den Verein kooperativ bis zum Abschluss der Sanierungsarbeiten und der damit zusammenhängenden Verwaltungsangelegenheiten begleiten.

>> Votum/Stellungnahmen

Die Linke	Annahme – Zur Verfügungstellung der bereits eingeplanten 625.000 €.
SPD	Zurückstellen , da es sich um ein laufendes Verfahren handelt (nach dem Wortlaut wäre Ablehnung nötig)
CDU/ANW	Ablehnung – In der Vorlage werden keine Kosten angegeben. Der finanzielle Bedarf ist somit unklar. Darüber hinaus lehnt die Fraktion CDU/ANW eine Überschreibung des Gebäudes zum Wert von 1Euro ab, da die finanziellen Einbußen zu hoch wären.
Bündnis90 / DieGrünen	Bereits in Umsetzung – Dieser Vorschlag wurde wiederholt so beschlossen, wobei der Eigenanteil nach wie vor unklar ist.
FDP	Ablehnung – Die Landeshauptstadt Potsdam hat mit ihrem Beschluss für Freiland ein großes Angebot für Jugendliche in Potsdam geschaffen. Der Lindenpark und das Waschhaus stellen weitere jugendkulturelle und jugendsoziokulturelle Angebote dar. Eine Unterdeckung ist in diesem Bereich nicht festzustellen. Im Gegenteil sollte hier auf die Auslastung der bestehenden Angebote geachtet werden. Ein Fortbetrieb der Aktivitäten des Archiv e.V. ist zudem nicht an das Gebäude gebunden. Es kann zur Sicherung des Erhalts des Vereins eine Übersiedlung nach Freiland geprüft werden. Die kostenlose Überschreibung des Gebäudes nebst Finanzierung der notwendigen Renovierungsarbeiten stellt in keinsten Weise eine ange-

	messene Relation zu anderen geförderten sozialen oder kulturellen Projekten sowie Bedürftigen in der Landeshauptstadt Potsdam dar.
Bürger Bündnis	Annahme
Die Andere	Annahme
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	Am 13.3.2013 zurückgestellt , weil keine abschließende Berichterstattung möglich ist.
Gesundheit und Soziales	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Stadtplanung und Bauen	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Kultur	Zurückgestellt , bis nächste Ergebnisse zur Planung des Archivs vorliegen.
Bildung und Sport	<i>Zur Kenntnis genommen</i>
Jugendhilfeausschuss	<i>Zur Kenntnis genommen</i>

Finanzausschuss	Zurückgestellt (zur HH-Beratung und Bezug auf offenen Vorjahresvorschlag - 11/SVV/0825 / aktuelle Verhandlungen berücksichtigen / abwarten)
Stadtverordnetenversammlung	Eine Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung wurde vertagt (aufgrund der anhaltenden Gespräche zwischen Verein und Stadt zum Erbbaupachtvertrag.)

DS 12/SVV/0777

Breite Straße: Umbau verschieben (erst nach stehender Finanzierung Garnisonkirche)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Mit dem Umbau der Breiten Straße ist zu warten, bis die Garnisonkirche finanziell gesichert ist.

Begründung: Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Lan-

deshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 3260 Punkte. Er wurde unter der Nummer 19 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Der Umbau der Breiten Straße ist unabhängig von der Errichtung der Garnisonkirche wesentliches Sanierungsziel im Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte. Durch die Fahrbahnbreite mit den Mittelinseln dominiert der motorisierte Individualverkehr bisher diesen innerstädtischen Straßenraum und erzeugt eine starke Trennwirkung für Fußgänger. Bei der Maßnahme handelt es sich um den Abschluss der Verkehrsneuordnung in der Potsdamer Mitte zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Die Genehmigungsplanung für den Straßenumbau liegt vor.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: Die Realisierung der Umbaumaßnahme ist innerhalb der nächsten Jahre beabsichtigt. Die Kosten für die gesamten Maßnahmen betragen rund 3,8 Mio. Euro bestehend aus 80% Städtebaufördermitteln von Bund und Land und 20% städtischem Eigenanteil.

- >> Aktualisierung vom Mitte Oktober 2012: -
- >> Vorschlag betrifft folgendes Produktkonto:5110610 (Städtebauförderung)
- >> Realisierungsvorschlag der Landeshauptstadt Potsdam: -

Originalvorschlag: Es wird vorgeschlagen mit dem Umbau der Breiten Straße zu warten bis die Garnisonkirche finanziell gesichert ist. Wenn die Garnisonkirche nicht finanziert werden kann, ist auch der Umbau hinfällig und dies würde Kosten sparen.

>> Votum/Stellungnahmen

Die Linke	Annahme – Einsatz der geplanten finanziellen Mittel für andere Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung stellen; zeitliche Verschiebung des Einsatzes der Mittel.
SPD	Ablehnung
CDU/ANW	Ablehnung – Der Umbau der Breiten Straße ist unabhängig von der Errichtung der Garnisonkirche zu sehen und wichtig für die notwendige Ver-

	kehrsneuordnung in der Potsdamer Mitte.
Bündnis90 / DieGrünen	Ablehnung – Der Umbau der Breiten Straße ist unabhängig von der Errichtung der Garnisonkirche, wesentliches Sanierungsziel im Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte und daher erforderlich. Der Vorschlag wird abgelehnt.
FDP	Ablehnung – Der Umbau der Breiten Straße ist nicht ausschließlich an die Wiedererrichtung der Garnisonkirche gekoppelt sonder hat weitreichende positive Effekte auf die Entwicklung des Stadtgebietes, so dass der Umbau unabhängig von der Wiedererrichtung der Garnisonkirche betrachtet werden sollte und demnach auch nicht zu verschieben ist.
Bürger Bündnis	Ablehnung – Umsetzung erfolgt bereits.
Die Andere	Annahme
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	-
Gesundheit und Soziales	Zur Kenntnis genommen
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Zur Kenntnis genommen
Stadtplanung und Bauen	Ablehnung
Kultur	Zur Kenntnis genommen
Bildung und Sport	Zur Kenntnis genommen
Jugendhilfeausschuss	Zur Kenntnis genommen

Finanzausschuss	Ablehnung
Stadtverordnetenversammlung	Ablehnung , da der Umbau der Breiten Straße bereits stattfindet und unabhängig von der Errichtung der Garnisonkirche betrachtet wird.

DS 12/SVV/0778

Sportforum Waldstadt: Umwandlung Schotterplatz in Kunstrasen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Schotterplatz Sportforum Waldstadt ist in einen (Kunst-)Rasenplatz umzuwandeln.

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2013/14 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Der Vorschlag erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 3202 Punkte. Er wurde unter der Nummer 20 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 7. November 2012 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Umwandlung des Tennenspielfeldes in einen Kunstrasenplatz wäre grundsätzlich möglich und sportfachlich wünschenswert. Aufgrund der finanziellen Situation der Landeshauptstadt Potsdam ist eine Realisierung aus Sicht der Verwaltung derzeit jedoch nicht möglich. Die Tennenfläche auf dem Sportplatz Waldstadt befindet sich in einem hervorragenden und gut gepflegten Zustand. Die Nachfrage von Tennenflächen ist grundsätzlich deutschlandweit zurückgegangen. Gleichwohl erfüllen sie nach wie vor sportfachlich und funktional alle Anforderungen und sind eine gute Ergänzung zu einem Naturrasenplatz auf einer Sportanlage. Der Platz wird durch das vor Ort befindliche Personal regelmäßig gewartet und gepflegt. Vor dem Hintergrund von prioritär wichtigen Investitionsmaßnahmen kann diese Maßnahme aus Sicht der Verwaltung zumindest kurzfristig nicht umgesetzt werden.

Kosten der Umsetzung / Folgekosten: ca. 350.000 Euro.

Originalvorschlag:

Seit vielen Jahren müssen die Sportler des FV Turbine Potsdam 55 e.V., des Potsdamer FC 73, Teile des 1.FFC Turbine Potsdam und der Schulsport im Sportforum Waldstadt auf einem Schotterplatz trainieren und auch Punktspiele bestreiten. In der Potsdamer Sportlandschaft ist dies eine Ausnahme, denn alle Potsdamer Vereine verfügen heute über eine Sportanlage mit mindestens einem Kunstrasenplatz/Rasenplatz. Vor allem für die vielen Jugendlichen aus Waldstadt I wünschen sich die Umwandlung.

>> Votum/Stellungnahmen

Die Linke	Annahme – Aufnahme der Maßnahme in die langfristige Investitionsplanung.
SPD	Zustimmung als Prüfauftrag (gemeinsam zu behandeln mit Drucksache 12/SVV/0774 – siehe oben)
CDU/ANW	Prüfauftrag – Die Fraktion CDU/ANW unterstützt generell

	die Sanierung von Sportplätzen, wenn es die Haushaltslage zulässt.
Bündnis90 / DieGrünen	Prüfauftrag – Im Zuge der Haushaltsberatungen wird die Fraktion noch nachfragen, wie die Zustände aller offenen Sportplatzflächen sind und ob dafür Mittel im KIS-Wirtschaftsplan eingestellt sind.
FDP	Ablehnung – Die Fraktion FDP erkennt an, dass mit der Umrüstung des Sportplatzes von Schotter auf Kunstrasen eine deutlich verbesserte Nutzung und höhere Nutzungszeiten möglich wären. Gleichsam möchte die Fraktion FDP anmerken, dass es in Potsdam Bereiche gibt, wo eine Unterdeckung an Sportplätzen vorherrscht. Beide Vorhaben sind aus haushälterischer Sicht zurzeit nicht gleichzeitig umsetzbar, so dass die Fraktion FDP der Errichtung neuer Freizeitmöglichkeiten in Bereichen der Unterdeckung den Vorzug vor einer Verbesserung auf bestehenden Flächen gibt.
Bürger Bündnis	Prüfauftrag zur Kostenermittlung
Die Andere	Annahme
Potsdamer Demokraten	

Hauptausschuss	-
Gesundheit und Soziales	Zur Kenntnis genommen
Klima, Ordnung, Umweltschutz, ländl. Entwicklung	Zur Kenntnis genommen
Stadtplanung und Bauen	Zur Kenntnis genommen
Kultur	Zur Kenntnis genommen
Bildung und Sport	Annahme
Jugendhilfeausschuss	Zur Kenntnis genommen

Finanzausschuss	Prüfauftrag – geändert beschlossen: Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie im Rahmen der Prioritätenliste des Sportentwicklungskonzepts die Umwandlung des Schotterplatzes im Sportforum Waldstadt in einen Kunstrasenplatz/ Rasenplatz besonders berücksichtigt werden kann.
Stadtverordnetenversammlung	Prüfauftrag , entsprechend der Empfehlung des Finanzausschusses